akl
Antikapitalistische Linke

aufmüpfig
konsequent
links

GEGEN Rechts HILFT NUR Links!

Ausgabe Herbst 2025

Anmerkungen zum Zustand der Partei
von Thies Gleiss
S. 4 - 8

Regierungsbeteiligung in Bremen
von Sebastian Rave
S. 13 - 16

Gaza
von Inge Höger
S. 17 - 21

Die Internationale der Rechten
von Ian Nadge
S. 22 - 27

Inhalt

Editorial
Gegen Rechts hilft nur Links ..... S. 2

Anmerkungen zum Zustand der Partei
Thies Gleiss ..... S. 4

Mit Rechten gegen Rechts
Lukas Eitel, Tim Fürup..... S. 9

Regierungsbeteiligung in Bremen
Sebastian Rave.....S. 13

Gaza
Inge Höger.....S. 17

Die Internationale der Rechten
Ian Nadge..... S. 22

Was uns erwartet am Horizont
Lif Bungardt, Ian Nadge .. S. 28

Willkommen bei der AKL
.....S. 31

Ausgabe Herbst 2025

Editorial

GEGEN RECHTS

Für eine konsequente antifaschistische und internationalistische Politik!

Der Krieg um die Ukraine dauert inzwischen schon über drei Jahre und ein Ende ist nach wie vor nicht in Sicht. Auch wenn der erneut gewählte US-Präsident Trump nach seiner Wahl behauptete, er würde den Krieg in kürzester Zeit beenden, haben alle Verhandlungsversuche bisher nicht zu einer friedlichen Lösung geführt. Und der Genozid in Gaza und die Vertreibung der Palästinenser.innen aus Gaza und der Westbank gehen mit Unterstützung der USA und Deutschlands trotz weltweiter Proteste weiter. Netanjahu und Trump planen eine vollständige Vereinnahmung des Gazastreifens und die Neuordnung der gesamten Nahost-Region. Die US-Regierung hat das Verteidigungsministerium in Kriegsministerium umbenannt und der US-Kriegsminister schwört das Militär auf Krieg ein.

In Deutschland hat Olaf Scholz nach Beginn des Ukraine-Krieges eine Zeitenwende angekündigt. Zunächst wurde ein 100-Millarden Aufrüstungsprogramm beschlossen. Kriegsminister Pistorius ist für die Umsetzung verantwortlich und will das Land kriegstüchtig machen. Der Bundestag hat nach der Bundestagswahl noch vor Konstituierung des neu gewählten Bundestages mit den alten Mehrheiten eine beispiellose Aufrüstung im Grundgesetz verankert. Flankiert wird dieses Hochrüstungsprogramm mit 500-Milliarden-Euro Sonderschulden für die öffentliche Infrastruktur – vorrangig um auch die Infrastruktur kriegstüchtig zu machen. Inzwischen werden jährliche Ausgaben von 5% des Brutto-Inlandsprodukts für Aufrüstung und Krieg anvisiert. Das wären an die 250 Mrd. € und die Hälfte des Bundeshaushaltes.

Mit dem Narrativ, Russland würde demnächst NATO-Territorium angreifen, werden Ängste geschürt, um die Bevölkerung auf Krieg einzustimmen. Begleitet wird die maßlose Aufrüstung durch immer neue angebliche Bedrohungsszenarien und vor allen Dingen Kriegsübungen. So wurde Ende September 2025 in Hamburg mit dem Manöver „Red Storm Bravo“ die Mobilmachung der Zivilgesellschaft trainiert. Das Szenario sah vor, dass aufgrund eskalierender Spannungen an den Grenzen der baltischen Staaten der NATO-Bündnisfall ausgerufen wird. Deutschland wird dann zur Drehscheibe für militärische und zivile Transporte von Truppen und Kriegsgerät gen Osten und Hamburg kommt aufgrund des Hafens eine besondere Bedeutung zu. Zu den geprobten Szenarien gehören beispielsweise eine reibungslose Truppenverlegung über den Hafen und durch die Stadt. Verteidigung wird nicht mehr als eine rein militärische, sondern als eine gesamtgesellschaftliche Aufgabe verstanden.

Kriege nehmen weltweit zu und werden zu einer neuen Normalität. Die Kosten tragen überall die Armen und die Arbeiter:innenklasse. Sie zahlen für die Aufrüstung und sterben im Kriegsfall auf den Schlachtfeldern, während die Rüstungskonzerne Rekordprofite erzielen. Das alles passiert vor dem Hintergrund weltweiter Kräfteverschiebungen. Alle Kriege verdichten sich zu einem System von Weltneuordnungskriegen. Es sind Stellvertreterkriege für die globalen Player dieser Welt: USA, Europäische Union, Russland, China und Japan. Der Machtkampf der Großmächte um geopolitische Interessen, um den Zugriff auf Rohstoffe und Absatzmärkte, um Macht und Einfluss und damit die Gefahr eines neuen imperialistischen Weltkrieges nimmt zu, der dann mit nuklearen, chemischen und Cyberwaffen ausgetragen und zu einer Gefahr für die gesamte Menschheit wird.

Verstärkt werden die weltweiten Verwertungskrisen des Kapitalismus durch den zunehmend unumkehrbaren Klimawandel. Das 1,5-Grad-Ziel ist inzwischen obsolet. Aber die auf fossile Rohstoffe basierende kapitalistische Wirtschaft will den Klimawandel nicht wahrhaben oder versucht mit sogenannten offenen Technologien abzulenken. Nicht nur US-Präsident Trump leugnet den Klimawandel und setzt auf fossile Energien und auf Fracking-Gas, das er vor allem an Deutschland und die EU verkaufen möchte. Auch die AfD leugnet den Klimawandel und die neue Bun-

HILFT NUR Links!

desregierung mit der Lobbyistin Reiche als Wirtschaftsministerin will neue Gaskraftwerke bauen und das in der EU beschlossene Aus für Verbrenner-Motoren rückgängig machen.

Die bürgerlichen Parteien wollen Aufrüstung durch Sozialabbau finanzieren und forcieren die Umverteilung von unten nach oben. Bundeskanzler Merz hat angekündigt, der Sozialstaat sei nicht mehr finanzierbar, alle sozialen Sicherungssystem gehörten auf den Prüfstand. Verbunden wird dies mit einer Hetzte gegen Bürgergeld-Empfänger:innen und Migrant:innen. CDU/CSU, SPD und Grüne übernehmen Teile der Programmatik der AfD und rücken immer weiter nach rechts. Vieles, was vor Jahren doch undenk- und unsagbar war, ist heute in der sogenannten Mitte der Gesellschaft angekommen. In dieser Situation kommt es auf die Partei Die Linke und die gesellschaftliche Linke an. Gegen Rechts hilft nur Links.

Der Zustrom vieler neuer Mitglieder eröffnen der Partei Die Linke neue Chancen, die sie nutzen muss. Die neuen Mitglieder kommen wegen der Rechtsentwicklung im Land, wegen der hohen Mieten und der Inflation, aus Angst vor Krieg und Umweltzerstörung und Angst vor der Zukunft. Sie sehen in der Linken eine Partei, in der sie sich gegen Ausbeutung und Krieg und für die Überwindung des Kapitalismus engagieren können. Sie sehen die Ungerechtigkeit in der Welt und wollen eine internationalistische Politik.

Mit den Beschlüssen des Chemnitzer Parteitages im Mai 2025 „Ohne Wenn und Aber: Sage Nein zu Aufrüstung und Kriegstüchtigkeit!“ sowie „Vertreibung und Hungersnot in Gaza stoppen – Völkerrecht verwirklichen“ hat sich die Partei gut aufgestellt. Es kam nur noch darauf an, diese Beschlüsse umzusetzen und mit Leben zu erfüllen. Mit der Mobilisierung und der massenhaften Teilnahme an der bundesweiten Großdemonstration am 27. September mit mehr als 100.000 Demonstrierenden ist ein erster Schritt hin zu einer internationalistischen Partei gelungen. Jetzt kommt es darauf an, weiter zu machen und auch bei der geplanten programmatischen Diskussion einen Schritt weiter zu gehen hin zu einer sozialistischen Partei, die die Überwindung des Kapitalismus und konsequenten Internationalismus ins Zentrum ihrer Politik stellt.

Mit dieser Ausgabe der „aufmüpfig“ wollen wir einen Beitrag leisten im Kampf gegen Rechts und für eine konsequente antiimperialistische und antikapitalistische Politik.

Der Bundessprecher:innenrat der Antikapitalistischen Linken in der Linken - AKL

Die LINKE im Herbst 2025

ALERTA, ALERTA – DEN GUTEN NEUANFANG NICHT VERSIEBEN

Die Partei Die Linke hat in den letzten Monaten einen beispiellosen Aufschwung erlebt. Sein Umfang ist so groß, dass faktisch von einer Neubildung der LINKEN gesprochen werden kann. Fast 120.000 Mitglieder sind über örtliche, länderweite und bundesweite Strukturen erfasst, zahlen Beitrag und wählen die parteiinternen Gremien. Die Partei ist nach dem durchschnittlichen Lebensalter der Mitglieder die jüngste der Parlamentsparteien in Deutschland (38,7 Jahre) und der Frauenanteil ist nach den GRÜNEN am zweithöchsten (44,5%). Der Anteil der Mitgliedschaft mit Migrationshintergrund wird nicht erfasst. Ich schätze aber, dass die LINKE auch hier einen Spitzenwert einnimmt.

Die LINKE ist damit die stärkste Partei links von der Sozialdemokratie in Europa. Organisationen wie La France Insoumise in Frankreich, oder Podemos im spanischen Staat, auch die in Gründung befindliche „Your Party“ in Britannien, haben zwar deutlich mehr Mitglieder (jeweils zwischen 500 bis 600 Tausend), aber die Mitgliedschaftskriterien sind nicht mit denen der LINKEN zu vergleichen. Auch die Vorfeldorganisationen der LINKEN – Jugendverband Solid und Studierendenverband SDS – erleben deutliche Mitgliederzuwächse.

Die LINKE hat mit 64 Abgeordneten eine Bundestagsfraktion, die fast so groß ist wie die nach den Wahlen von 2009, als die tiefe Finanzkrise des Kapitalismus und die Neugründung der LINKEN zu einer historisch einmaligen Situation zusammenfielen. In allen Bundesländern wird die LINKE in aktuellen Umfragen zu Landtags-und Bürgerschaftswahlen über 5 Prozent eingeordnet. Das bedeutet, dass in den Landtagswahlen 2026 bis 2029 neue oder größere Landtagsfraktionen dazukommen. Bei den kommunalen Wahlen wird die LINKE in den nächsten Jahren tausende von lokalen und regionalen Abgeordneten in Wahlämtern erhalten.

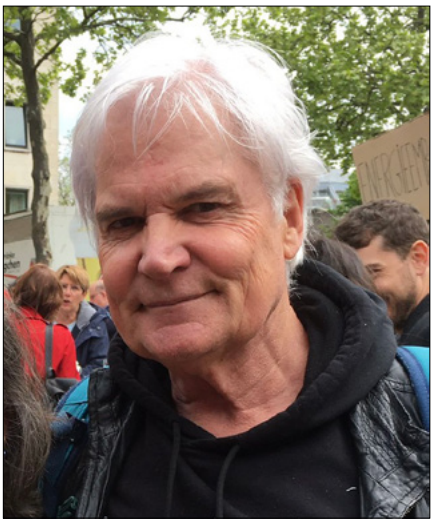
All das bedeutet natürlich auch einen, teilweise erst in den nächsten Jahren voll wirksamen, enormen Aufschwung im Zufluss von staatlichen Geldern, Beitragseinkommen und zahllosen Beschäftigungsverhältnissen bei Partei, Fraktionen und den Bundes-und Landesstiftungen im Verbund der Rosa-Luxemburg-Stiftung. Trotz des Mitgliederaufschwungs ändert sich nichts an der grundsätzlichen Struktur, dass die LINKE zu 80-90 Prozent von „Staatsknete“ abhängt – die alte Schwierigkeit, aus einer solchen Startposition den Staat, in dem und von dem man lebt, grundlegend verändern zu wollen, bleibt also bestehen. Und ebenso bestehen bleibt auch die von der Antikapitalistischen Linken (AKL) und von mir mehrfach analysierte „Dialektik der partiellen Errungenschaften“, nach der die neuen parlamentarischen Erfolge und der Ausbau eines Stammes von Berufspolitiker:innen immer auch strukturkonservative Kräfte hervorbringen, die ein mehr oder weniger ausgeprägtes Eigeninteresse entwickeln, eine weitere antikapitalistische Radikalisierung der LINKEN zu bremsen.

Die LINKE ist der linke, antikapitalistische Pol in der Gesellschaft

Mit diesem Aufschwung der LINKEN ist in Deutschland erfreulicherweise neben einem massiven Aufstieg von rechten, nationalistischen und rassistischen Kräften, in deren Zentrum die Alternative für Deutschland (AfD) mit knapp 65.000 Mitgliedern steht, auch ein starker linker Pol in der politischen Gesamtsituation entstanden. Gegen Rechts hilft nur Links – diese so einfache wie richtige Erkenntnis setzt sich in der Praxis langsam um und muss weiterhin im Fokus einer politischen Strategie der LINKEN stehen.

Die Anfang 2024 vollzogene Abspaltung des Bündnis Sahra Wagenknecht (BSW) von der LINKEN hat sich als die befürchtete Rechtsabspaltung erwiesen, die ihr Heil in einer grundsätzlichen Abspeckung des linken, antikapitalistischen Programms zugunsten prokapitalistischer Krisenverwaltung mit mehr Gewicht auf sozialen Ausgleich, in einer Anpassung, teilweise sogar Übernahme

von Thies Gleiss



*Thies Gleiss ist Mitglied im Bundessprecher*innenrat der AKL. Er ist Mitglied im Parteivorstand der LINKEN.“*

einer Führungsrolle, an die rassistische, nationalistische und inhumane Migrationspolitik der AfD und im Aufbau einer sektengleichen, hierarchischen undemokratischen Organisation mit ausgewählten Mitgliedern sucht. Sie ist obendrein schnurstracks in Brandenburg und Thüringen in Koalitionsregierungen mit CDU und SPD eingestiegen, was die mit viel Pathos vorgetragene moralische Kritik an den „Altparteien“ (hier wird der gleiche Jargon wie bei der AfD benutzt) ziemlich entwertete. Die richtige Haltung gegenüber Aufrüstung und Kriegsvorbereitung beim BSW ist dann leider auch nicht zu mehr als moralischen Appellen in der Lage, die kommen und wieder gehen, selbst wenn sie von einer Million Menschen unterzeichnet werden. Eine wirkliche antikapitalistische Antikriegspolitik sieht anders aus.

Der „Erfolg“ des BSW ist so traurig wie er vorhersehbar war: Die AfD wird nicht etwa, wie versprochen, geschwächt, sondern durch die affirmative Politik in der Migrationsfrage noch zusätzlich gestärkt. Der konservative Kulturkampf – ob mit „links“ oder „rechts“ als Vorsilbe ist egal – sieht in AfD und BSW Geschwister im Geiste. Statt die LINKE, wie erhofft, zu eliminieren, hat das BSW allerdings ungewollt zu dem großen Aufschwung der LINKEN beigetragen. Die Abspaltung hat bei der LINKEN einen spürbaren Befreiungsschlag hinterlassen.

Den parlamentarischen Erfolg zum Aufbau einer gesellschaftlich real verankerten antikapitalistischen Partei ausnutzen.

Als die LINKE beziehungsweise ihre Vorläuferorganisation WASG gegründet wurden, bestand ihre Mitgliedschaft überwiegend aus Personen, die ihre politische Sozialisation und auch ihre strategischen Vorstellungen als Linke in zwei sozialdemokratischen Biotopen entwickelten. Die historisch gescheiterte Staatspartei SED, die ihren Staat verloren hatte, und deren Restbestände als PDS mit dem Scheitern an der Fünf-Prozent-Klausel bei der Bundestagswahl 2002 in eine Überlebenskrise geraten waren, und auf der anderen Seite „linke“ Sozialdemokrat:innen, die so etwas wie eine Todeskrise der SPD nach dem Fiasko der Hartz-IV und Agenda 2010 Politik durch die Regierung Schröder zu verarbeiten hatten. Beide Strömungen

trafen sich in einer politischen Strategie, die stark etatistisch, auf Wahlkämpfe und parlamentarische Transformationsstrategien ausgerichtet war. In der WASG haben sich sogar im starken Maße die Anhänger:innen einer ewigen Verliererstrategie versammelt, der Theorie des sogenannten Staatsmonopolischen Kapitalismus (Stamokap). Es gab daneben noch eine kleinere Gruppe von Alt-68ern und enttäuschten Mitgliedern und Wähler:innen der GRÜNEN und eine größere Gruppe von direkt von der Politik der SPD-GRÜNEN-Regierung betroffenen Erwerbslosen und Randgruppen der Arbeiter:innenklasse. Die letztere wurde durch die Proteste gegen die Agenda-2010 seit 2003 mobilisiert. Ihr Schlachtruf war „Weg mit Hartz-IV“. Leider ist diese Gruppe im Zuge der Vereinigungsverhandlungen von PDS und WASG zur LINKEN fast komplett wieder verloren gegangen. Das war der erste strategische Fehler der neuen LINKEN.

Nach ihrer offiziellen Gründung 2007 hat die LINKE einerseits von ihrer Substanz an Mitgliedern und Organisationskraft gelebt, die sie zum Zeitpunkt der Gründung hatte, andererseits hat die gesamtgesellschaftliche, auch internationale, Entwicklung immer wieder Themen und Herausforderungen hervorgebracht, die bei der behäbigen, reformistischen Mehrheit der Partei, regelmäßig zu neuen, kleineren Radikalisierungen führte. Die vielfach beschriebene Multikrise des Kapitalismus verlangte von der Partei klare Posionen zur Jahrtausendfrage der wachsenden Klima-und Umweltzerstörung; zur immer häufiger in neuen Kriegen hervortretenden grundsätzlichen Kriegsdynamik, die in der kapitalistischen Produktionsweise schlummert; zum weltweiten Großthema der Migration und Flucht immer größer werdender Menschengruppen vor Krieg, Ausbeutung und Umweltzerstörung; zum beschleunigten Abbau sozialstaatlicher Errungenschaften und Konter-Reformen in Fortsetzung der Agenda 2010 sowie zu der ebenfalls zunehmenden Tendenz in vielen Staaten Europas und der Welt zu autoritärer und militarisierter Staatspolitik.

Diese „kleinen Radikalisierungen“ waren aus Sicht der linken Kräfte in der

Partei, allen voran uns von der Antikapitalistischen Linken, nie ausreichend, aber sie reichten hin, um den Anpassungsprozess der Gesamtpartei, die parlamentarische Versumpfung und den mäßigenden Einfluss von berufspolitischen Funktionär:innen für ein gutes Jahrzehnt, fast fünfzehn Jahre, zu bremsen. Aber spätestens mit der Bundestagswahl 2021 und der Europawahl 2024 waren die lebendigen Kräfte in der Partei ziemlich versiegt und die LINKE geriet immer mehr zu einer langweiligen, langsamen und angepassten Parlamentspartei, ohne Charisma und Verlust jeglicher Ausstrahlung insbesondere auf junge Leute. Wir von der AKL haben dies stets kritisch begleitet und der LINKEN eine dreifache Krise diagnostiziert: Eine programmatische, eine strategische und eine strukturelle Krise. Programmatisch – weil die Antworten auf die Kriegsgefahr, die Klimakrise, die Krise der Europäischen Union, die Migrationsfrage nicht ausreichend weiterentwickelt wurden; strategisch – weil der Führung der LINKEN mehrheitlich nichts anderes eingefallen ist, als unermüdlich auf die immer irrealer und absurder erscheinende Perspektive einer gemeinsamen Regierung mit SPD und GRÜNEN zu orientieren; strukturell – weil nichts gegen die wachsende Passivisierung der Mitgliedschaft und das Übergewicht der parlamentarischen Berufspolitiker:innen unternommen wurde.

Im Mittelpunkt einer alternativen und nachhaltigeren Entwicklung der LINKEN hätte die systematische Verankerung als gesellschaftliche Oppositionskraft im täglichen Leben stehen müssen. Vor allem gegenüber der Kriegs-und Militarismusgefahr, aber ebenso in der Klimafrage und der Migrationspolitik hätte eine solche Oppositionsrolle der LINKEN viel klarer und radikaler ausgearbeitet und buchstäblich auf die Straße gebracht werden müssen. Der Aufbau bleibender Strukturen, im Stadtteil, in den Betrieben, sozialen Einrichtungen und sozialen Bewegungen und Gewerkschaften, hätte vorangetrieben werden sollen – statt nur auf Wahlkämpfe zu vertrauen. Und nicht zuletzt hätten die seit langer Zeit diskutierten Maßnahmen zur Begrenzung des Einflusses der parlamentarischen Arbeit auf die Gesamtpartei umgesetzt werden müssen. Aber all das geschah nicht oder viel zu wenig.

Ein neuer Anlauf 2025

Der starke Mitgliederzustrom und der relative Wahlerfolg bei der Bundestagswahl eröffnen der LINKEN eine zweite Chance. Der große Teil der hinzu gekommenen Mitgliedschaft hat eine politische Sozialisation in den Jahren erlebt, als es die LINKE schon gab. Sie sind der Partei weniger aus „taktischen Gründen“ beigetreten, um eine gescheiterte Orientierung aus ihrer eigenen Vergangenheit irgendwie zu einem besseren Ende zu bringen, sondern weil sie die LINKE zu ihrer ersten politischen Heimat erkoren haben. Sie begründen ihre Politik im erfreulichen Maße als „Politik in der ersten Person“ – es geht um ihre Interessen und ihre individuellen Möglichkeiten der Politikgestaltung. Sie sind ebenso erfreulich bewegungsorientiert und noch nicht von etatistischen Sackgassen, parlamentarischen Illusionen und leeren Hoffnungen auf irgendwelche Allianzen mit SPD und GRÜNEN desorientiert worden. Und siehe da: Die vielen jungen Neumitglieder, meistens mit Abitur oder Hochschulabschluss, mit Gymnasium oder Universität als aktueller Heimat, in prekären Beschäftigungsverhältnissen und bei der individuellen Lebensgestaltung an allen Ecken durch die Gesellschaft behindert, haben keine Sonderinteressen gegenüber der großen Mehrheit der Bevölkerung, höchstens eine besondere Ungeduld. Hohe Mieten, Inflation, Angst vor Krieg und Umweltzerstörung, leere Partizipationsversprechen und Entdemokratisierung, Zunahme von Stress und Belastungen und Angst vor der Zukunft – all das prägt diese Generation. Die LINKE als Partei des modernen Proletariats des 21. Jahrhunderts – das wurde in den ersten Monaten von 2025 Wirklichkeit.

Auf ihrem Parteitag in Chemnitz hat die LINKE einen Leitantrag angenommen, der grundsätzlich auch in den Augen der AKL in die richtige Richtung weist. Es muss gelingen, eine in der Gesellschaft verankerte, aktivistische Mitgliederpartei aufzubauen. Es gibt in der modernen kapitalistischen Gesellschaft nach wie vor eine tiefe Klassenspaltung und sich antagonistisch gegenüberstehende Interessen. Die LINKE muss in dieser Hinsicht programmatisch und organisatorisch die Partei der Arbeiter:innenklasse werden, das heißt der großen Mehrheit der Menschen in dieser Gesellschaft. Im Mittelpunkt der Politik steht die grundsätzliche Überwindung des Kapitalismus, der strukturell mit ökonomischer Ausbeutung, Zerstörung der ökologischen und klimatischen Grundlagen, mit wachsender Entdemokratisierung und Aufbau autoritärer Staaten, mit menschenverachtender Migrationspolitik und vor allem mit der täglich wachsenden Kriegsgefahr einhergeht. Es stehen bereits in der Tagespolitik und den regelmäßigen

Foto (verändert): Steffen Prößler / wikimedia, CC BY-Sa 4.0

parlamentarischen Initiativen der LINKEN die Eigentumsverhältnisse an den Produktionsmitteln im Mittelpunkt. Alle Versuche, diesen elementaren Zusammenhängen in der Politik auszuweichen, müssen scheitern.

Der Leitantrag hat eine organisatorische Schwerpunktverschiebung vorgeschlagen, der unbedingt gefolgt werden muss: Der Aufbau von nachhaltigen Parteistrukturen in der realen Gesellschaft: In Stadtteilen, in Betrieben, in sozialen Strukturen und Bewegungen. Überall sollte sich die LINKE aufstellen und kollektive Mitmach- und Solidaritätsstrukturen aufbauen.

Um eine Wiederholung der Entwicklung der LINKEN 2007 bis 2020 zu verhindern, muss die wachsende Verankerung der Partei in den parlamentarischen und sonstigen Mitmachstrukturen, die die bürgerliche Gesellschaft auch Oppositionskräften anbietet, bewusst gesteuert werden. Die Integrationskräfte dieser Gesellschaft, durch Angebote, Scheinpartizipation und ins Leere laufende Aktivitäten, linke Kräfte zu domestizieren, dürfen nicht unterschätzt werden. Nur eine lebendige, dauerhafte Opposition schafft den Nährboden, auch Kompromisse einzugehen und mit Teilerfolgen zu leben. Deshalb ist es gut, dass der Leitantrag – wenn auch nicht ausreichend – vorschlägt, die parlamentarische Arbeit zu reglementieren: Befristung der Mandatszeiten für die LINKE-Mitglieder auf maximal drei Legislaturperioden. Ginge es nach der AKL wären schon zwei Amtsperioden ausreichend. Auch die Trennung von parlamentarischen Ämtern und Parteiämtern muss stärker beachtet und durchgeführt werden. Die „normalen“ Basis-Mitglieder der Partei müssen in den Entscheidungsstrukturen eine Mehrheit haben gegenüber Funktionär:innen, hauptberuflich Beschäftigten bei Fraktion und Partei und den Abgeordneten selbst.

Keine weiteren Fehlentscheidungen

Die LINKE hat leider schon viele der guten Erkenntnisse aus ihrem Leitantrag vergessen oder in den Hintergrund verschoben. Es war ein Fehler, dass die beiden Parteivorsitzenden auch in die Fraktion im Bundestag gewechselt sind. Wir sehen mit Sorge, dass sich die Fraktion schon wieder in Richtung der alten linken Fraktion entwickelt: Statt sich den politischen Notwendigkeiten zu stellen, die sich aus der realen Gesellschaft ergeben – allen voran der wachsenden und alle anderen Themen überlagernden Kriegsgefahr – und dafür nützliche kollektive Strukturen zu schaffen, wird sich wieder den Vorgaben der parlamentarischen Alltagsgeschäfte und ihrer Ordnungen untergeordnet und der Aufbau von 64 einzelnen und miteinander konkurrierenden Ich-AGs bei den einzelnen Abgeordneten betrieben. In den Vorbereitungen der Wahlen in den Kommunen und den Bundesländern spielen die Fragen der Begrenzung von Mandatszeiten und der Ämtertrennung schon wieder nur eine untergeordnete Rolle.

Aufgrund einer Nachfrage der AKL wurde das parlamentarische Gewicht im Parteivorstand nach den Wahlen von 2025 ermittelt. Danach sind von den 26 Mitgliedern des Parteivorstandes mittlerweile 9 Abgeordnete im Bundestag oder in Landtagen. 3 weitere sind hauptamtliche Mitarbeiter der Partei und weitere 3 sind Mitarbeiter:innen bei Abgeordneten oder Fraktionen. 15 von 26 PV-Mitgliedern stehen also in einem „Abhängigkeitsverhältnis“ zur Partei oder Fraktion. Schauen wir uns nur den Geschäftsführenden Parteivorstand an, dann ist die Realität noch klarer: Von 10 Mitgliedern des gfPV sind 6 Abgeordnete und 3 bei der Partei Beschäftigte. Nur 1 Mitglied des gfPV ist von Partei und Fraktionen unabhängig.

Diese Parteiführung hat deshalb schon wieder selbst erzeugte und verstärkte Probleme bei der Umsetzung der mit klarer Mehrheit gefassten Parteitagsbeschlüsse. Nicht nur bei den Vorhaben zum Aufbau einer Klassenpartei, sondern vor allem bei den aktuellen Mobilisierungen gegen die kapitalistischen Kriege und Kriegsvorbereitungen.

Die Verhandlungsführung der LINKEN unter maßgeblicher Leitung des geschäftsführenden Vorstands bei den Vorbereitungen der Antikriegsdemonstrationen im Herbst 2025 war nicht von klarer politischer Zielsetzung geprägt, wie sie eigentlich aus dem Parteitagsbeschluss von Chemnitz folgen müsste. Seit Juni wurde verhandelt und Gegenstand war offensichtlich vor allem, wer alles wegen wem und wegen was NICHT zusammengehen kann. Bei einer solchen Linie ist Misserfolg vorprogrammiert. Strittig waren Begriffe (Völkermord, Genozid, Angriffskrieg u.a.) und Bündnispartner (keine Hamas, keine PFLP, keine Putin-Versteher, keine Antizionist:innen u.a.). Das ist das Gegenteil von einer politisch selbstbewussten linken Partei, die mit klaren Ideen und Vorgaben andere überzeugt, notfalls auch mit eigenem Aufruf für Aktionen

arbeitet. Dieses wochenlange Scheitern und Nichtvorankommen können natürlich, sollte aber nicht als bewusste Sabotage an der Durchführung des Parteitagsbeschlusses zu Gaza interpretiert werden. Es ist nur ausgeprägte Planlosigkeit, und die ausgerechnet bei einem solchen emotionalen und politisch prägenden Großthema wie dem Krieg und Völkermord in Gaza durch die israelische Armee.

Daraus folgt, dass die LINKE dringlich auch über Prinzipien der politischen Bündnispolitik diskutieren muss. Das alte und bewährte Motto „Vereint schlagen, getrennt marschieren“, mit dem politische Aktionseinheiten früher etabliert wurden, muss offenkundig neu belebt und aktualisiert werden. Die LINKE benötigt ein stärkeres politisches Selbstbewusstsein als Voraussetzung dafür, andere Strömungen und Gruppierungen zu respektieren. Das impliziert auch temporäre politische Kräfte, wie beispielsweise die palästinensische Community und ihre Vereinigungen, die viele Positionen haben, die wir kritisieren.

Der Parteivorstand ist in Zusammenarbeit mit den Fraktionen auch zu sehr bereit, „Nebenleitungen“ zu etablieren, die ihn als autoritatives Leitungsorgan beschädigen. Die von der Satzung vorgesehene „Internationale Kommission“ wurde deutlich mehr als satzungsmäßig nötig aufgebläht. Für die vom Parteitag beschlossene Debatte zur Aktualisierung unseres Grundsatzprogramms wurde eine „Programmkommission“ berufen, die – sofern sie wie angelegt ins Arbeiten kommt, was nicht sicher ist – die politische Leitung der Programmdebatte aus dem Parteivorstand auslagert. Mit dem bereits früher berufenen „Gewerkschaftsrat“ – der zum Glück nicht planmäßig arbeitet – ist dies auch für das große Thema Gewerkschaftsarbeit passiert.

Auch große inhaltliche Fehlentscheidungen bleiben dann nicht aus. Das Abstimmungsverhalten der Landesregierungen von Bremen und Mecklenburg-Vorpommern, in denen die LINKE beteiligt ist, bei den Abstimmungen im Bundesrat zur Sonderfinanzierung der Rüstung und beim sogenannten „Investitionsbooster“-Gesetz waren schwere Fehler, die sogar gegen den lautstarken und rechtzeitig erhobenen Protest der Gesamtpartei erfolgten. Konsequenzen aus diesem Fehlverhalten wurden beschlossen, aber bisher nicht umgesetzt.

Und – es ist kaum zu glauben, aber wahr – es werden von diversen „Lautsprecher:innen“ der LINKEN schon wieder Diskussionen losgetreten, es solle sich doch für 2029 wieder auf eine Regierungsoption mit SPD und GRÜNEN und auf einen entsprechenden Lagerwahlkampf eingestellt werden. Solche dummen und irrealpolitischen Auftritte Einzelner können nicht verboten und verhindert werden, aber die offiziellen Führungsgremien der Partei sollten ausdrücklich alternative, realistischere Perspektiven diskutieren und beschließen.

Dabei wird eine Frage immer drängender: Wie verhält sich die LINKE als Oppositionskraft gegenüber der stärker werdenden AfD. Die Einlösung der Forderung, dass die LINKE Teil einer „Allparteienkoalition“ gegen die AfD sein sollte, wird die LINKE umbringen. Die AfD ist ja gerade durch die Politik der anderen Parteien erst stark geworden, während die LINKE durch ihre klare Opposition dazu neue Akzeptanz und Unterstützung gewonnen hat. Die LINKE sollte in keinem Fall Allianzen mit der AfD in der Opposition bilden. Das heißt aber nicht, die Einstellung eigenständiger Aktivitäten und Vorhaben, nur weil eventuell auch die AfD dem zustimmen könnte. Es darf aber auch keine Allianzen und Händel mit der Regierung geben, um die AfD zu verhindern. Der politische Kampf geht um Inhalte und die LINKE muss dabei den entschiedensten Part übernehmen.

Denn eines ist und bleibt klar: Die LINKE wird ihren aktuellen Aufschwung und die neue Leidenschaft bei tausenden von Mitgliedern nur beibehalten und sogar verstärken können, wenn sie weiterhin konsequent oppositionelle antikapitalistische und antimilitaristische Opposition bleibt. GRÜNE und SPD sind dabei höchstens mal bei kleinen, beschränkten und örtlichen Aktionen Bündnispartner, in der Regel sind sie in allen Fragen der Tagespolitik unsere Gegner:innen. Politik in der ersten Person, Interessenvertretung der 99 Prozent in der Gesellschaft und Solidarität mit und Einmischen in die konkreten Kämpfe gegen kapitalistische Ausbeutung, Krieg, Umweltzerstörung und rassistische Migrationspolitik ist nicht vereinbar, mit der Stellvertreterpolitik, die uns die parlamentarische Demokratie als einziges zugestehen will.

Photo by Moises Gonzalez on unsplash

Auch Opposition muss man können

MIT RECHTEN GEGEN RECHTS? EIN ILLUSIONSTHEATER

Foto: www.pixabay.com

von Lukas Eitel
und Tim Fürup

Lukas Eitel ist Mitglied im Bundessprecher:innenrat der AKL, Mitglied im Landesvorstand der Linken in Bayern und Mitglied in der Programmkommission der Partei.

Tim Fürup ist langjähriges Mitglied der AKL.. Er kritisiert leidenschaftlich die Illusionen der Linkspartei in Parlament und Regierung. Er setzt stattdessen auf den Aufbau der außerparlamentarischen Opposition.

Nach den letzten Bundestagswahlen hatte Die Linke einen Riesenerfolg zu verbuchen. Sie schaffte den Sprung ins Parlament mit 8,8% der abgegebenen Zweitstimmen, sie gewann sechs Direktmandate bei den Erststimmen, aber was viel wichtiger ist: Sie hat einen kämpferischen Wahlkampf organisiert, in dem viele Neumitglieder eingebunden und in dem zusätzlich neue Genoss:innen gewonnen wurden. Die Mitgliederzahl verdoppelte sich buchstäblich, auch weil klar wurde, Die Linke steht oppositionell zu den anderen Parteien - gerade in der Migrations-Debatte hat sich die Partei dem Rechtsruck nicht gebeugt. Dies hat Sympathien erzeugt, in einer politischen Landschaft, in der konkurrierende Akteur:innen mit tiefbraunen (oder blauen) Argumenten abdrifteten, um der AfD den Rang abzulaufen. Dennoch läuft momentan wieder eine alte Diskussion, ob Die Linke nicht auch mit den nach rechts gerückten Parteien wie SPD, Grüne oder auch der Union koalieren sollte, um die Ganz-Rechten zu verhindern. Diese Strategie würde allerdings die Selbstaufgabe der Linken bedeuten.

Die Illusionen, die sich eine Linke leistet, ohne sich diese leisten zu können

Seit Gründung der Partei Die Linke läuft eine mal mehr, mal weniger im Vordergrund stehende Debatte über Regierungsbeteiligungen im Bund oder in einzelnen Bundesländern. Diese Debatte wird auch von der AKL angestoßen, weil sie sich um nichts anderes dreht als um den Charakter der Partei: Will Die Linke Stellvertretungspolitik betreiben oder setzt sie sich konsequent für einen Systemwechsel ein, der die heutigen Besitz- und Machtverhältnisse verneint?

Die reformorientierten Teile der Linken, die vom Sturz des Kapitalismus schon lange nichts mehr wissen wollen, argumentierten vor einiger Zeit, dass Die Linke in der Regierung für (zumindest kleinere) Verbesserungen - insbesondere im sozialen und kulturellen Bereich sorgen würde. Die Mitte der Partei kann sich ebenso nichts anderes als eine Regierungsbeteiligung für die Linke vorstellen, sie verknüpft allerdings das Regieren mit einer sozialrevolutionären Rhetorik („rebellisches Regieren“), die in Koalitionsverhandlungen nicht mehr hörbar ist. Dennoch hat sich die Argumentation der Befürworter:innen eines linken Regierungsprojektes ein Stück weit verändert: Mit dem bisher nicht aufgehaltenen Aufstieg der AfD sowie dem Wiedererstarken der Linken wird eine Regierungsbeteiligung der Linkspartei jetzt vor allem als Antwort auf die Frage präsentiert, wie eine Regierung unter Beteiligung der AfD verhindert werden kann (vgl. Lia Becker, Jan Schleymeyer, Ritter/Dahme). Soziale Verbesserungen kommen auch in dieser Strategie zwar noch vor, allerdings vor allem instrumentell. Sie sind dann kein Selbstzweck, sondern Mittel, um ein weiteres Erstarken der Rechten zu verhindern.

Als Koalitionspartner wird häufig auf ein „progressives Lager“ verwiesen, womit implizit oder explizit SPD und Grüne gemeint sind. Immer wieder

Image (vertändert) by Nico Franz from Pixabay

bleibt aber auch mit Phrasen wie „Demokraten müssen zusammenhalten“ unklar, ob nicht auch die Union als Regierungspartnerin in Frage kommt. Äußerungen von Gregor Gysi oder Heidi Reichinneck deuten in diese Richtung (https://www.sueddeutsche.de/politik/sachsen-anhalt-reichinnek-schliesst-tolerierung-von-cdu-regierung-nicht-aus-dpa.urn-newsml-dpa-com-20090101-250605-930-636264). Möglicherweise sind viele in der Partei noch nicht bereit, sich gegenüber der Union zu öffnen. Jedoch ist das die logische Folgerung einer Strategie, die eine „stabile“ Regierung als absolute Pflichtvoraussetzung für den Kampf gegen die AfD sieht. Dabei ist es absurd, mit der Union „gegen rechts“ zu regieren. Es sind immer wieder vereinzelte Stimmen aus der Union, die mit einer Zusammenarbeit mit der AfD liebäugeln. Außerdem gilt jetzt schon: Während die AfD in den Parlamenten unaussprechliche rassistische Propaganda verbreitet, setzen letztendlich Vertreter:innen von CDU/CSU, SPD und auch den Grünen diese hasserfüllte Rhetorik in Gesetzestexte um. Zwar sind die Worte, die in diesen Gesetzen zur Aufweichung des Rechts auf Asyl und der Abschottung gegen Geflüchtete gewählt werden, bei den sogenannten Parteien der Mitte humaner, dennoch kann die AfD bei so viel praktischer stummer Zustimmung nur jubeln, denn weite Teile des AfD-Programms werden schon längst umgesetzt.

Indem eine „progressive“ oder „soziale antifaschistische“ Regierungsbildung als strategisches Ziel ausgegeben und in Verbindung damit die Oppositionsrolle der Linken abgewertet wird, macht sich Die Linke erpressbar und letztendlich unglaubwürdig. Wie ist das gemeint? Wenn eine Koalition mit SPD und Grünen oder gar Union als alternativlos hingestellt wird, bereitet man den Boden dafür, völlig über den Tisch gezogen zu werden. Die Parteien der Mitte haben immer Alternativen zur Linken, entweder miteinander oder im Zweifel mit der faschistischen Reserve AfD.

Verkündet Die Linke vor der Wahl, eine Regierungsbeteiligung sei das beste Mittel gegen die AfD, steht sie nach der Wahl in der Sackgasse. In den Verhandlungen muss jedem Unsinn zugestimmt werden. Denn ein Scheitern der Verhandlungen würde in dieser Logik nur der AfD nützen. Die Folge ist, dass Die Linke jeden Bruch mit ihrem eigenen Parteiprogramm damit rechtfertigt, dass sie auf der anderen Seite (wenige) Zugeständnisse bekommen habe. Als hervorragendes Beispiel dafür dient die Begründung der Bremer Linkspartei zur Zustimmung von Friedrich Merz‘ Gesetz für das Sondervermögen für Verteidigungsausgaben.

Die linken Abgeordneten stimmten letztendlich dafür, dass „whatever it takes“ für Aufrüstung investiert werden kann, obwohl sehr klar im Programm der Partei formuliert ist: „An einer Regierung, die Kriege führt und Kampfeinsätze der Bundeswehr im Ausland zulässt, die Aufrüstung und Militarisierung vorantreibt, die Privatisierungen der Daseinsvorsorge oder Sozialabbau betreibt, deren Politik die Aufgabenerfüllung des Öffentlichen Dienstes verschlechtert, werden wir uns nicht beteiligen.“ Dennoch wurde argumentiert, Die Linke hätte auf Landesebene nicht Nein sagen können, da im Sondervermögen schließlich auch einige Strukturprogramme für die Bundesländer - und so auch für Bremen - enthalten wären, so dass eine Zustimmung aus Perspektive der Regierungsbänke sinnvoll erschien. Die Linksfraktion im Bundestag hatte zuvor noch das Vorhaben der Bundesregierung zur Aufrüstung scharf attackiert, die Genoss:innen in den Länderregierungen (hier Bremen und Mecklenburg-Vorpommern) stimmten diesem zu - an Peinlichkeit war dieses Schauspiel nicht zu überbieten.

Die Folgen dieser Fehlorientierung bemerken wir bereits jetzt. An vielen Punkten nähert sich Die Linke dem Parteienestablishment an. Am deutlichsten zeigt sich das eben in den Landesverbänden mit linker Regierungsbeteiligung. Dort wird geräuschlos mitgemacht beim Verwalten des Kapitalismus. Durchbrüche hin zu weitreichenden sozialen Verbesserungen sind nicht bekannt. Im Gegenteil: In Bremen und Mecklenburg-Vorpommern wurde die Bezahlkarten-Schikane gegen Geflüchtete eingeführt, in Bremen schließt die linke Gesundheitssenatorin ein großes Krankenhaus. Über den Bundesrat erfolgt auch immer wieder Zustimmung zu rechten Vorhaben der Bundesregierung.

Während die oben bereits genannte Zustimmung zum Aufrüstungspaket der Bundesregierung wenigstens noch einen parteiinternen Aufschrei (jedoch keine Konsequenzen) zur Folge hatte, laufen die Zustimmungen zu militaristischen Resolutionen zu Ukraine und Israel oder zu umfassenden Steuersenkungen für Konzerne weitgehend unter dem Radar. Die Befürworter:innen des linken Regierens wissen um die Schwächen der bisherigen linken Regierungsbeteiligung, deswegen argumentieren sie stets, es sei wichtig, dass Die Linke auch im Bund in Regierungsverantwortung käme. Nur dann seien wirkliche soziale Fortschritte möglich.

Wer das behauptet, kennt den kapitalistischen Staat schlecht. Als ob es so einfach wäre, soziale Interessen gegen das Kapital durchzusetzen. Selbst wenn Die Linke allein mit über 50% der Sitze im Parlament regieren würde, muss sie sich dennoch den Gesetzen der Sachzwanglogik unterwerfen. Sie muss als ideeller Gesamtkapitalist auftreten

und die heimischen Unternehmen in der globalen Konkurrenz wettbewerbsfähig halten. Der Wirtschaftsstandort muss für das Kapital weiterhin attraktiv bleiben - andernfalls droht Kapitalflucht und ein Wirtschaftsabschwung. Ein Bruch mit dieser Logik ist auch aus einer Allein-Regierung heraus ohne eine massive Zustimmung innerhalb der Bevölkerung und außerparlamentarischem Protest nicht denkbar.

Auch Opposition muss man können

Aber auch die Bundestagsfraktion zeigt bereits problematisches Verhalten. Noch am selben Tag wurde zur Kanzlerwahl, als Friedrich Merz im ersten Wahlgang nicht die Mehrheit des Bundestags bekam, ein zweiter Wahlgang ermöglicht und von führenden Köpfen betont staatstragend begründet. Auch bei der letztlich gescheiterten Richterwahl wollte die Linkspartei alle Kandidaten, auch den Spinner von der Union, ohne Gegenleistungen mitwählen. Wer als Opposition schon so versagt, wird es auf den Regierungsplätzen noch schlimmer machen.

Die Linke lechzt um Anerkennung bei den anderen Parlamentsfraktionen - ohne Not schon aus der Opposition heraus. Man gewinnt den Eindruck, sie wollen von SPD und Grünen gemocht werden. Aus früheren Erfahrungen soll gewarnt werden, weil dies in die komplett falsche Richtung läuft: Eine Linksfraktion, die freundlich die Politiker:innen der Union grüßt, die zum parlamentarischen Frühstück geht und dort mit den Kolleg:innen der anderen Fraktionen abkumpelt, die sich darüber ärgert, dass sie ab und an von diesen kumpelhaften Kolleg:innen als vaterlandslose Gesellen abgestempelt wird, obwohl sie doch alles Erdenkliche für die nationale Sache mitträgt, wäre nicht akzeptabel.

Die Linke muss sich als das Andere im Parlament begreifen. Die anderen Parteien sind keine Partnerinnen, sondern Gegnerinnen. Besonders bedenklich ist, wenn Die Linke sich von Aussagen der eigenen Genoss:innen distanziert, die zumeist von rechten Medien bewusst falsch dargestellt werden, um bei den Buddys von SPD/Grünen und Union nicht blöd dazustehen (wie zum Beispiel die Distanzierung der Parteiführung vom Linksjugend-Post bezüglich des Attentats auf den US-Faschisten Charlie Kirk), anstatt den eigenen Leuten Solidarität zuzusprechen. Im Übrigen lohnt es sich, radikale Debatten auszufechten, anstatt diese obrigkeitshörig durch Opportunismus zu umschiffen. Diese bisherige Strategie ist lächerlich. Die Linke sieht sich im Parlament Fraktionen des Kapitals gegenüber. Wer eine glaubhafte, sozialistische Politik umsetzen will, darf sich nicht mit den anderen Fraktionen gemeinmachen.

Die Linke braucht keine Anerkennung von SPD und Grünen, sie muss Hoffnung für die Abgehängten und die Gedemütigten sein, sie muss die Arbeitenden, die Erwerbslosen, die Obdachlosen, die Geflüchteten, die Menschen, die von Diskriminierung und Ausgrenzung erniedrigt werden, ins Zentrum der politischen Überlegungen setzen - diese Menschen sind diejenigen, die durch den Kapitalismus am meisten leiden (natürlich zusammen mit der Umwelt). Um es mit Marx zu formulieren: Die Linke sollte „alle Verhältnisse umwerfen, in denen der Mensch ein erniedrigtes, ein geknechtetes, ein verlassenes, ein verächtliches Wesen ist“ und das geht nur gegen das politische Establishment.

SPD und Grüne - ein Trauerspiel

Für eine Regierungsbeteiligung im Bund sind das denkbar schlechte Vorzeichen. Denn der inhaltliche Graben zu SPD und Grünen hat sich zudem seit einigen Jahren noch einmal weiter vertieft. Beide haben in der Ampel an Abschottung, Militarisierung und Sozialabbau mitgewirkt. In der Koalition mit der Union setzt die SPD diesen Kurs jetzt willig fort. Auch für eine gemäßigt sozialreformistische Politik fallen sie damit als Bündnispartnerin aus. Auch die interne Zusammensetzung der Parteien hat sich geändert. Bei der SPD ist der linke Flügel aus allen Führungspositionen verdrängt worden (siehe den früheren Fraktionsvorsitzenden Mützenich) und schafft es auf dem Bundesparteitag auf kaum 30 Prozent. Bei den Grünen gibt es gar keinen wahrnehmbaren linken Flügel mehr. Die letzten Reste davon haben sich 2024 nach links aus den Grünen verabschiedet.

Foto Pixabay

Die von Manchen in der Linken aufgeworfene Hoffnung auf einen grundsätzlichen Kurswechsel bei SPD und Grüne sind unrealistisch. Wir dürfen nicht vergessen: Es waren schließlich SPD und Grüne, die ab 1998 für den ersten Kriegseinsatz des deutschen Militärs nach 1945 sowie für den massivsten Sozialabbau in der Geschichte der BRD (Agenda 2010, Hartz-Gesetze) verantwortlich waren. Deswegen ist es nicht verwunderlich, dass viele Linke in diesen Parteien kein politisches Zuhause haben. Dennoch traten damals Schröder und Fischer - zumindest verbal – für eine soziale Veränderung auf. Sie haben viele Menschen mobilisiert, die sich von einer rot-grünen Bundesregierung mehr Geld in der Tasche, mehr Zeit für die Familie, mehr Würde und ein besseres Leben versprochen haben. Es kam ganz anders - viele (vor allem auch Linke) wurden enttäuscht. Noch dramatischer konnten wir in Griechenland beobachten, dass eine enttäuschende Linksregierung die Rechten erst so richtig stark macht. Ist Die Linke dadurch diskreditiert, steht nur noch die radikale Rechte als Alternative zu den Parteien der Mitte zur Verfügung. Das krachende Scheitern der Syriza-Regierung ist dafür ein mahnendes Beispiel.

Die Diskussion über eine rot-rot-grüne Regierungsbildung gegen rechts krankt im Übrigen an einem simplen Fakt: Wenn SPD, Grüne und Die Linke zusammen eine parlamentarische Mehrheit haben, gibt es keine schwarz-blaue Bundesregierung. Egal, ob Die Linke an der Regierung beteiligt ist oder nicht. Wer die AfD schwächen will, muss ihnen Wähler:innen nehmen. Dafür braucht es keinerlei Anbiederei nach rechts, sondern eine linke Proteststimme gegen den kapitalistischen Alltagsscheiß. Mit einer Anbiederung in Richtung politischer Mitte wird das nicht funktionieren. Die Linke muss konfliktfähig gegenüber dem politischen Establishment sein, um als Adresse für Protest aufzutreten. Vor allem aber auch, weil der Sturz des Kapitalismus nicht mit, sondern nur gegen die Parteien der Mitte geht.

Linke Bündnispolitik - mit Linken gegen rechts!

Nichtsdestotrotz ist die rechte Gefahr so stark wie lange nicht mehr: Wir erleben krasse Störaktionen von zumeist jungen Nazis auf queere Menschen wie zum Beispiel die Angriffe auf diverse CSD-Veranstaltungen. Wir sehen an Schulen und in Betrieben immer selbstbewusster auftretenden Rechte, die mit Kleidung oder anderen Symbolen ihrer Gesinnung Ausdruck verleihen. Wir registrieren rechte Gewalt gegen Migrant:innen und Linke. Die Wahlergebnisse der AfD und das Einknicken der etablierten Politik vor den Forderungen der Rechten sorgen für einen Resonanzraum, in dem die extreme Rechte sich einerseits bestätigt sieht und andererseits im Windschatten der großen Abschiebe-Politik à la Merz für noch schärfere Gesetze gegen Geflüchtete eintritt. Dagegen müssen wir uns wehren.

Anstatt sich an einer Regierung zu beteiligen, die im Wesentlichen rassistische Politik im Sinne des Standortwettbewerbs umsetzt, sollte sich Die Linke auf außerparlamentarische Initiativen und Bündnisse fokussieren. Wir benötigen einen Schulterschluss aus linken Gewerkschafter:innen, antirassistischen Organisationen, sozialen Verbänden sowie Kulturschaffenden, um dem Rechtsruck etwas entgegenzusetzen. Diese Bündnisse dürfen nicht nur ein „Wir sind mehr“ oder „Wir sind die Anständigen“ beinhalten. Dies würde nur dazu führen, dass sich die Teilnehmenden an solchen Demonstrationen lediglich besser fühlen. Dies können wir uns beim besten Willen nicht leisten. Wir benötigen offensive Bündnisse, die die soziale Frage mit einem konsequenten Antirassismus und Internationalismus in Verbindung bringen. Diese Bündnisse müssen zudem in Konflikt zu der realen Politik von SPD und Grünen sowie der Union gehen.1 Es darf kein Einknicken bei der Bewahrung von Menschenrechten und Menschenwürde geben - das bedeutet auch ein klares Nein zu der herrschenden Abschiebe-Praxis.

Grundsätzlich wissen wir aber auch: Die gesellschaftliche Linke (nicht nur die Partei) ist tief gespalten. Dies sieht man nicht nur bei der Auseinandersetzung um die Regierungsbeteiligung. Dies zeigt sich u.a. auch am Nahost-Konflikt. Die beiden Autoren dieses Textes haben unterschiedliche Positionen zum Krieg in Israel, dennoch steht für uns fest, dass der Kampf gegen die extreme und auch die bürgerliche Rechte nur gemeinsam erfolgreich ist. Daher plädieren wir dafür, lasst diese Differenzen nicht darüber entscheiden, ob die Faschos freies Spiel haben.

https://creativecommons.org/licenses/by-sa/3.0/

EINE ANLEITUNG ZUR POLITISCHEN SELBSTAUFGABE IN SIEBEN SCHRITTEN

Das Wahlprogramm der Linken zur Bundestagswahl 2025 war überschrieben mit dem schönen Titel "Alle wollen regieren. Wir wollen verändern." Dahinter steckt eine wertvolle Erkenntnis: Regieren und Verändern sind manchmal zwei unterschiedliche Dinge. Derzeit regiert Die Linke in zwei Bundesländern mit: Bremen und Mecklenburg-Vorpommern. Beide beweisen den einfachen Satz, der Kurt Tucholsky zugeschrieben wird: "Sie glaubten sie wären an der Macht, doch sie waren nur an der Regierung". Veränderung hat es trotzdem gegeben: In den regierenden Landesverbänden selbst, in denen immer wieder eine Anpassung der Partei an die Regierungsrealität durchblitzt. Zum Beispiel bei der Zustimmung zur Aufhebung der Schuldenbremse für das historische Aufrüstungspaket im Bundesrat – "aus landespolitischer Verantwortung". Aber wie ist es dazu gekommen? Eine Anleitung ohne Empfehlung zur Nachahmung.

von Sebastian Rave, Bremen

Sebastian Rave ist freiberuflicher Mediengestalter für politische Kommunikation aus Bremen. Er ist seit dem Angriff der NATO auf Afghanistan 2001 aktiv gegen Krieg und Kapitalismus. 2005 trat er in die WASG ein, die 2007 zur Linken wurde. Zur Zeit koordiniert er den Social Media Auftritt der internationalen Abrüstungskampagne „10% for all".

Schritt 1:

Der parlamentarische Glaube, durch Regierungsbeteiligung besser "mitgestalten" zu können

In den Landesverbänden, in denen die Linke an Regierungen beteiligt ist, gab es nur wenige aktive Strukturen (was sich nach der Bundestagswahl erfreulicherweise zu ändern scheint), die meisten Mitglieder waren inaktiv. In einer solchen Partei bekommen Apparat und Fraktion, also diejenigen, die ihren Lebenserhalt von der Partei bestreiten können, die einen privilegierten Zugang zu Öffentlichkeit und Ressourcen haben, ein besonders starkes Gewicht. So wurde das Wahlprogramm 2019 in Bremen von der Fraktion selbst geschrieben.

Der Parlamentsbetrieb geht nicht spurlos an den Abgeordneten vorbei, auch nicht, wenn sie eher links sind. Eine Fraktion in der Opposition erscheint ihren Mitgliedern vielleicht manchmal machtlos, wenn sie nur Anfragen und Schaufensteranträge stellen können, die regelmäßig abgewimmelt werden. Die Versuchung ist groß, diese dann so zu stellen, dass eine Ablehnung dem Rest des "linken Lagers" zumindest schwerfällt. In Bremen wurde das kurz vor Regierungsantritt 2019 deutlich, als ein Parteitagsbeschluss für kostenlosen Nahverkehr von der Fraktion in einen Antrag für ein "Sozialticket Plus" verwandelt wurde.

Der nächste Schritt ist nur folgerichtig: Wenn die eigenen Forderungen nur noch "konstruktiv" auf graduelle Verbesserungen der bestehenden Verhältnisse hinauslaufen, kann man das auch als Teil der Regierung machen. Ein gewichtiges Argument wird dann, dass Schlimmeres verhindert werden muss – etwa die CDU oder etwas noch hässlicheres in der Regierung. So war es in Bremen: Die CDU hatte gefordert, zusätzliche Millionen aus der Sanierungshilfe in den Schuldendienst zu stecken, obwohl Schulen marode, Kitas im Notstand und Krankenhäuser in der Krise waren.

Also: Rein in die Regierung. Was kann schon schiefgehen?

Schritt 2:

Kröten schlucken, um an die Regierung zu kommen

Erpresst von der eigenen Logik des "kleineren Übels" war die Linke bereit, bei den Koalitionsverhandlungen Zuge-

ständnisse zu machen. Die im Bundesvergleich relativ linke SPD in Bremen ließ sich auf einen höheren Mindestlohn für öffentliche Aufträge ebenso ein wie für eine Ausbildungsplatzumlage. Das größte Hindernis war für die Linke die Schuldenbremse, die (wie in den meisten Bundesländern) in Bremen noch zusätzlich zur Schuldenbremse des Bundes in der Landesverfassung verankert ist.

die Verhandlungsführer:innen der Partei Die Linke akzeptierten schließlich, dass die Schuldenbremse bleibt, die nötige Zweidrittelmehrheit zur Abschaffung hätte es ja ohnehin nicht gegeben. Das, was einige in der Partei als Einknicken wahrnahmen, hatte sich bereits vorher angekündigt: Auf dem letzten Parteitag vor der Regierungsbeteiligung wurde schon ein Antrag verabschiedet, der die Gründung einer Schulbaugesellschaft vorschlägt, um sich um die Schuldenbremse herum schummeln zu können. Kristina Vogt, linke Spitzenkandidatin und jetzt Wirtschaftssenatorin, hatte im Wahlkampf gesagt: „Wir können nicht so tun, als ob es die Schuldenbremse in Bremen nicht gilt."

Also: Schuldenbremse akzeptiert. Was kann schon schiefgehen?

Schritt 3:

Konflikte innerhalb der Koalition meiden

Die größten Herausforderungen für die Regierung gab es sicherlich im Gesundheitsbereich, das Claudia Bernhard (Linke) als Senatorin besetzt. Kurz nach ihrer Vereidigung wurde ein 17 Millionen großes laufendes Defizit beim kommunalen Krankenhausverbund Gesundheit Nord entdeckt. Es drohte die Zahlungsunfähigkeit. Die im Koalitionsvertrag ausgehandelte Verdopplung der Investitionsmittel für Krankenhäuser wurde von der fiskalischen Realität eingeholt und vergessen.

Vor der Wahl hatte es ein Volksbegehren für mehr Krankenhauspersonal gegeben, das großen Rückhalt und 11.000 Unterschriften erhielt. Statt den geforderten 1.600 mehr Beschäftigten in Krankenhäusern passierte das Gegenteil: 2021, inmitten der Pandemie, wurde der Abbau von 440 Vollzeitstellen angekündigt. Bei einer ver.di-Kundgebung von protestierendem Krankenhauspersonal versprach Claudia Bernhard hinter den Beschäftigten zu stehen. Sie zeigte auf den Amtssitz des Finanzsenators und sagte sinngemäß, dass das Problem da drinnen sitze. Einige Tage herrschte Aufregung in den Bremer Medien: Ist die Koalition in der Krise? Aber die Linke Fraktionsvorsitzende Sofia Leonidakis beruhigte in einem TV-Auftritt: Die Koalition arbeite, bei allen Unterschieden, "konstruktiv zusammen".

Eine verpasste Gelegenheit, den Konflikt zuzuspitzen. Die Linke war eingeknickt und akzeptierte den Stellenabbau. Damit nicht genug: Sogar die Schließung eines ganzen Krankenhauses (Klinikum Links der Weser) wird gegen die Proteste der Beschäftigten, des Stadtteils und von Patient:innen durchgeboxt.

Wenn die Linke gesagt hätte, dass sie für nötige Milliardeninvestitionen in Bildung, bezahlbare Wohnungen, kostenlosen ÖPNV, Kinderbetreuung und Gesundheit kämpft, und dass es nötig sei, für diese Notwendigkeiten mit der Schuldenbremse zu brechen, hätte das den Druck auf SPD und Grüne enorm erhöht, man hätte die sehr grundsätzlichen politischen Unterschiede deutlich gemacht und hätte enormes Mobilisierungspotential gewonnen.

Aber so: Stellenabbau im Krankenhaus akzeptiert. Was kann schon schiefgehen?

Schritt 4:

Der Versuch, das Elend zu verwalten

Aber es gab auch einige Zugeständnisse aus dem Koalitionsvertrag. Leider alles unter Finanzierungsvorbehalt. Und selbst die kostenlosen politischen Projekte wurden nach und nach abgeräumt. In Bremen werden soziale Verwerfungen deutlich, bei denen der Reformismus an absolute Grenzen stößt. Globale Krisen führen zu Flucht und Migration, für eine menschenwürdige Integration fehlt das Geld. Gleichzeitig drängen alle psychosozialen Folgen der Verelendung in den armen Stadtteilen besonders deutlich in den sichtbaren Alltag. Bremen gilt als Drogen- und Kriminalitätshochburg. Die Antwort des Innensenators Mäurer (SPD): Mehr Polizeipräsenz, Repression, Abschiebung, Verdrängung, ein Verbot gegen "aggressives Betteln". Wasser auf die Mühlen der Rechten.

Immerhin wurde die niedrigschwellige Gesundheitsversorgung in den Stadtteilen verbessert durch ein Stadtteil-Gesundheitszentrum, mehrere Hebammen-Zentren und 18 Quartier-Gesundheitsfachkräfte. In Zukunft soll es ein Medizinisches Versorgungszentrum geben, das dem Konzept einer Poliklinik nahekommt. Außerdem wurde eine Ausbildungsplatzumlage eingeführt, was Unternehmen und FDP ziemlich in Rage brachte. Während der Corona-Pandemie konnte Bremen dank einer mehrsprachigen Kampagne in allen Stadtteilen mit 92% die höchste Impfquote Deutschlands erreichen. Zusammenfassend kann man sicherlich anerkennen, dass alles schlimmer hätte sein können.

Die entscheidende Frage ist aber, ob es einen von vielen erhofften spürbaren Politikwechsel gegeben hat. Am alltäglich zu erlebenden Elend eines Haushaltsnotlagelandes hat sich qualitativ nichts geändert. Bremen bleibt das Land mit der höchsten Kinderarmut (42%) und der höchsten Armutsquote (25,9%). Der Niedriglohnsektor ist in Bremen besonders groß, die Mieten steigen natürlich trotzdem. Brücken und Schulen bleiben marode, und es ist nicht ausreichend Geld für die Sanierung da. In den Kitas herrscht Krise: Zu wenig Personal für zu große Gruppen, 1300 Kinder ohne Kita-Platz. Beschäftige verlassen massenhaft den Beruf. Über 5000 Unterschriften wurden für eine Petition gesammelt, die sich gegen eine Senkung der Betreuungsqualität

wandte. Trotzdem wurde ein Gesetz von Bildungssenatorin Aulepp (SPD) angenommen, nach dem fehlende Betreuer:innen durch ungeschultes Personal ersetzt werden können. Im August musste sie ihren Rücktritt erklären.

Der Versuch, Politik in einem von ständigem Haushaltsnotstand geprägten Land zu machen, droht sich auf das Hin- und Herschieben von knappen Ressourcen im Senat zu beschränken.

Das fördert ein verwaltendes Verständnis von Politik.

Schritt 5:

Sich erst mit Bauchschmerzen "Sachzwängen" beugen, um diese später zu internalisieren

Das Politikverständnis eines Verwalters hinterlässt Spuren. Einige Mitglieder der Linken, die wohl unter dem Stockholm-Syndrom leiden, glauben, dass der Abbau eines Krankenhauses (beschönigend "Zusammenlegung" genannt, weil die Beschäftigten des zu schließenden Klinkums Links der Weser ins Klinikum Bremen Mitte wechseln sollen) die Gesundheitsversorgung verbessern wird. Einige denken sogar, dass durch Kürzungen bei Gesundheitsausgaben Geld frei wird für Kitas, Schulen und andere wichtige Aufgaben. Das könnte man natürlich genauso gut andersrum sagen, würde aber nichts an der fatalen Verwaltungslogik ändern, die hinter so einem Denken steht.

Der Platz für kritische Stimmen in der Partei wurde kleiner. Viele Mitglieder, die zum linken Parteiflügel zählten, verließen die Partei enttäuscht. Der Betriebsratsvorsitzende des Klinikums Links der Weser, das von seiner "Genossin" geschlossen wird, verließ die Partei und wechselte zum Bündnis Sahra Wagenknecht (BSW), das sich jetzt die Opposition zur Schließung von Krankenhäusern ans Revers heften kann.

Die Linke wurde mit dem Eintritt in die Regierung zu einer etablierten Partei, in der man Karriere bis zum hervorragend bezahlten Staatsrat machen kann. Zumindest, wenn man keine kontroversen Positionen einnimmt. Eine Regierungspartei steht unter deutlich größerem Druck, sich der Staatsräson anzupassen, das gilt für eine klare Antikriegsposition beim Ukraine-Krieg genau so wie für Israel/Palästina. Die Linke Bürgerschaftsfraktion stimmte einem Antrag der CDU zu, in dem vom "heldenhaften Kampf der Ukraine" die Rede ist. Sie trat nach dem 7. Oktober 2023 bei Kundgebungen in Solidarität mit Israel auf, und war mitten im Genozid nicht zu mehr als einer "both sides"-Position in der Lage, lehnte aber den Bundesparteitagsbeschluss zur Anwendung der Jerusalemer Erklärung zur Definition von Antisemitismus ab.

So wird die Partei eine Partei der Beliebigkeit!

Schritt 6:

Sich an der Macht wägen, in Wirklichkeit aber nur in der Regierung sein

Dass die Linke mit Kristina Vogt ausgerechnet die Wirtschaftssenatorin in einer Rüstungshochburg stellt, ist ein weiteres unrühmliches Kapitel dieser Regierungsbeteiligung. Die Möglichkeiten von Wirtschaftspolitik im Kapitalismus beschränken sich größtenteils ohnehin darauf, "Standortpolitik" zu machen. Die rechte Variante davon ist, Löhne zu drücken und Steuern zu sen-

ken. Die “linke” Variante ist, staatliche Gelder für Infrastruktur zu stellen, die Arbeit”geber” dazu motiviert, im Land produzieren zu lassen statt woanders. Nebenher sei bemerkt, dass bei einer solchen Politik Kapital und Arbeit nicht als Widerspruch gesehen werden, sondern als Einheit: Korporatismus ick hör dir trapsen.

Eines der wichtigsten Projekte von Kristina Vogt war, Bremen zu einem Wasserstoff-Standort zu machen. Das große Ziel: Das traditionsreiche Stahlwerk auf Wasserstoff umstellen, um klimaneutralen “grünen Stahl” zu produzieren. Um dem Konzern ArcelorMittal das schmackhaft zu machen, wurden 840 Millionen Euro öffentliche Gelder als Leckerli hingehalten. Nach einer längeren Hängepartie sagte der multinationale Großkonzern schließlich “no thanks”; dem Stahlwerk droht das Aus, die 3.200 Beschäftigten stehen vor dem Verlust ihrer Existenz. Als auf einem Landesparteitag ein Antrag zur Vergesellschaftung des Stahlwerkes eingebracht wurde, ging die Wirtschaftssenatorin auf die Barrikaden: Das sei utopisch, damit müsse man bei den Beschäftigten gar nicht erst ankommen. Die Rahmenbedingungen des Stahlwerks seien kompliziert, es gäbe Überkapazitäten, die Trump-Zölle, einen angespannten Energiemarkt zweifellos alles richtig, aber kein Grund, nicht zu enteignen.

Als der Staatsrat im Wirtschaftsressort, Kai Stührenberg (Linke), im Fernsehen gefragt wurde, ob man der boomenden Rüstungsindustrie in der Rüstungshochburg nicht den roten Teppich ausrolle, antwortete dieser, dass man ja gute Rahmenbedingungen geschaffen habe. “Ideale Voraussetzungen, um Wachstum zu gestalten”. Es gebe auch keinerlei “ideologische Vorbehalte” gegen “Innovationen in den Rüstungsunternehmen”. Man habe aber unterschiedliche Rollen zu spielen: Im Bund sei die Linke Opposition, da wäre es richtig zu sagen, dass jeder Euro der in Rüstung gesteckt wird, bei Klimaschutz, Bildung und Infrastruktur fehle. “Die Partei wird da ihrer Rolle als Oppositionspartei gerecht…” – “Und hier ist es genau umgekehrt” war die süffisante Antwort des Reporters. Ein Lehrstück in Sachen “linker” Regierungsarbeit. Kai Stührenbergs Aussage, dass die Zivilklausel “überbewertet” sei, war dann nur noch das i-Tüpfelchen einer Dokumentation der Selbstaufgabe.

Das Ergebnis: Regieren bis zur Selbstaufgabe!

Schritt 7:

Grundsätze über Bord werfen aus “landespolitischer Verantwortung”

Den bisherigen Höhepunkt erreichte der schmerzhafte Dauerspagat zwischen politischem Programm und trister Regierungsrealität, als die linken Senatorinnen aus Bremen und die Minister:innen aus Mecklenburg-Vorpommern dem Sondervermögen zur Aufrüstung zustimmten. Die notwendige Mehrheit wäre auch ohne die beiden Länder zustande gekommen, es ging also nur um die Haltungsnote.

Den mit ständigem Geldmangel konfrontierten Regierenden standen aber die Euro-Zeichen in den Augen, bedeutet der Infrastrukturteil des Pakets immerhin 240 Millionen Euro für Bremen und 1,9 Milliarden für Mecklenburg-Vorpommern. In internen Diskussionen in Bremen betonten die Senatorinnen, dass die Folge einer Ablehnung auch ein Verlust an Standing gewesen wäre. Bei jeder Haushaltsdiskussion wäre der Linken vorgeworfen worden, die Millionen abgelehnt zu haben.

Und man wolle die Gelegenheit nutzen, um ein großes Loch in die Schuldenbremse zu schlagen. Dass die Ausnahme nur für das Sondervermögen und damit vor allem der Aufrüstung zugutekommt, wurde in einer besonderen Form der Betriebsblindheit nicht nur übersehen, sondern die Augen davor aktiv verschlossen. Es lohne sich zu regieren. Auf die Frage, was die Senatorinnen gemacht hätten, wenn die Partei sie zu einem Nein gezwungen hätte, antworteten beide, dass sie zurückgetreten wären. Sie hätten nämlich einen Amtseid geleistet und hätten Verantwortung für das Bundesland. Deutlicher kann man kaum machen, dass man sich entschieden hat, mehr Senatorinnen zu sein als Parteimitglieder.

Parteibeschlüsse über Bord werfen!

Und das ist die Lehre aus diesem ganzen Elend:

Opposition gegen und Verwaltung des Systems sind nicht miteinander vereinbar. Was bleibt, sind zwei Möglichkeiten: Entweder erkennen, dass man auf dem falschen Pferd saß, absteigen, sich umorientieren. Oder weiter in den Sonnenuntergang reiten, vergessen, woher man kommt und was man eigentlich wollte, und weiter betriebsblind einer Mission zu folgen, die von vornherein zum Scheitern verurteilt war:

Richtig regieren im Falschen. Die Partei muss sich entscheiden: Will sie wirklich verändern, oder will sie regieren?

VOR DEN AUGEN DER WELT GEHT DAS TÖTEN IN GAZA WEITER

Statt Staatsräson ist internationale Solidarität dringend notwendig

von Inge Höger

Gaza wird zerbombt und ausgehungert. Im größten Freiluftgefängnis der Welt bleibt kein Stein auf dem anderen. Infrastruktur, Schulen, Universitäten und das Gesundheitswesen sind zusammengebrochen. Die gesamte Bevölkerung wird systematisch ausgehungert bei gleichzeitigem Bombenhagel und häufigen Massenvertreibungen. Die israelische Regierung hat angekündigt, die noch lebenden Palästinenser:innen in sogenannte Transit-Bereiche für eine „freiwillige Ausreise" zu vertreiben. Der Genozid und die ethnische Säuberung in Gaza wird von der israelischen Regierung und Armee planmäßig fortgesetzt und die Weltgemeinschaft schaut zu.

Bereits im Januar 2024 hatte der Internationale Gerichtshof (IGH) in Den Haag die Völkermordklage Südafrikas für plausibel erklärt und Sofortmaßnahmen zum Schutz der Bevölkerung in Gaza angeordnet. Diese seien erforderlich, um zu verhindern, dass Israel mit seinem weiteren Vorgehen in Gaza irreparable Schäden verursacht und die Rechte verletzt, die den Palästinenser:innen aufgrund der Völkerrechtskonvention zustehen.

Inge Höger ist Mitglied im Bundessprecher:innenrat der AKL sowie der BAG Frieden und Internationale Politik und Mitglied im Landesvorstand der Linken in NRW

Das Gericht nahm die katastrophale Lage der Bevölkerung zur Kenntnis und schilderte detailliert das außerordentliche Leid der palästinensischen Zivilist:innen in Gaza und stützte sich dabei auf die Aussagen von UN-Vertreter:innen. Außerdem nahm das Gericht die zahlreichen Beispiele einer „entmenschlichenden Sprache" und die gegen die Palästinenser:innen gerichteten „rassistischen Hassreden und Entmenschlichungen" in den Stellungnahmen israelischer Regierungsvertreter zur Kenntnis, in denen Völkermordabsichten zum Ausdruck kommen.

Mit dieser Anordnung von Sofortmaßnahmen ist das Verfahren leider noch lange nicht beendet. Bis zu einer endgültigen Entscheidung kann es Jahre dauern. Der Gerichtshof hat darauf hingewiesen, dass seine Entscheidung „bindend" sei, doch er hat keine Möglichkeiten, diese mit militärischen oder polizeilichen Mitteln durchzusetzen. Israel setzt seinen Krieg gegen die Palästinenser:innen unbeeindruckt fort und wird nach wie vor von den USA und Deutschland politisch und mit Waffenlieferungen unterstützt und von der Mehrzahl der Regierungen der westlichen Industrienationen nicht am Genozid gehindert.

Am 21.11.2024 erließ der Internationale Strafgerichtshof (IstGH) Haftbefehle gegen den israelischen Ministerpräsident Benjamin Netanjahu, den ehemaligen Verteidigungsminister Yoav Gallant und den Hamas-Führer Mohammed Diab Ibrahim Al-Masri Deif (Mohammed Deif). Den Beschuldigten wurde vorgeworfen, Kriegsverbrechen und Verbrechen gegen die Menschlichkeit begangen zu haben. Bei Reisen ins Ausland müsste Netanjahu festgenommen werden. Nicht nur die ungarische Regierung kümmert das wenig. Bundeskanzler Merz hat offen verkündet, sich nicht daran halten zu wollen.

Das Sterben im Gaza-Streifen

Nach fast ununterbrochenen Bombardements und wahllosen Erschießungen durch das israelische Militär sind vom Oktober 2023 bis September 2025 nach Angaben des Gesundheitsministeriums im Gazastreifen mehr als 64.000 Menschen getötet worden. Das Gesundheitsministerium im Gazastreifen wird bis heute finanziell und verwaltungstechnisch von der Autonomiebehörde in Ramallah unterstützt. Die Listen des Gesundheitsministeriums umfassen nur die Todesfälle durch Gewalteinwirkung, die mit Namen und Geburtsdaten identifiziert werden konnten, nicht die vielen Leichen, die noch unter den Trümmern oder in unzulänglichen Gebieten liegen. Und auch nicht die wachsende Zahl der Toten durch Hunger oder vermeidbare Krankheiten.

Eine Studie der Fachzeitschrift „The Lancet"[1] kam bereits im vergangenen Jahr zu dem Ergebnis, dass in den Zahlen nur etwa 60 Prozent der tatsächlichen Opfer durch Gewalteinwirkung erfasst sind. Eine aktuelle Studie vom Juni 2025 von einem internationalen Forscherteam der Universitäten Royal Holloway und anderen[2] bestätigt diese Untersuchungen. Auf sechs verifizierte Kriegsopfer kommen vier nicht erfasste. Es sind vor allem ältere Menschen und Frauen und Kinder, die in der Regel nicht an Kampfhandlungen teilnehmen.

1 https://www.thelancet.com/journals/lancet/article/PIIS0140-6736(24)02678-3/fulltext

2 https://www.medrxiv.org/content/10.1101/2025.06.19.25329797v3.full

Der Guardian hat die Zahlen aus einer Datenbank der israelischen Streitkräfte über die getöteten angeblichen Hamas-Kämpfer ausgewertet[3]. Diese Zahlen des Militärgeheimdienstes belegen, dass fünf von sechs Palästinenser:innen, die von israelischen Streitkräften im Gazastreifen getötet wurden, Zivilist:innen waren. Danach sind 83 Prozent der Opfer in Gaza keine Kämpfer, sondern zivile Opfer, vor allem Frauen und Kinder. Mindestens ein palästinensisches Kind pro Stunde ist im Verlauf des fast 23monatigen israelischen Vernichtungsfeldzugs im Gazastreifen getötet worden. Das bilanzierte die internationale NGO »Save the Children« vor kurzem.

Dieses Verhältnis von Zivilbevölkerung zu Kämpfern unter den Toten ist im Vergleich zu anderen Kriegen extrem hoch. Der Anteil ziviler Opfer dürfte sich nach der Übernahme der Lebensmittelverteilung durch Israel weiter erhöht haben. Tagtäglich werden Menschen getötet, die sich für Lebensmittel an den Verteilungszentren in den militärischen Sperrzonen anstellen. Palästinenser:innen riskieren ihr Leben für ein bisschen Nahrung. Israelische Soldaten haben ausgesagt, dass alle Palästinenser:innen in Gaza als Ziele behandelt werden.

Journalist:innen und medizinisches Personal leben in Gaza gefährlich

Für Journalist:innen sind die palästinensischen Gebiete derzeit der gefährlichste Ort der Welt. Nach Angaben von Reporter ohne Grenzen wurden in den fast 23 Monaten bei Angriffen der israelischen Streitkräfte über 200 Medienschaffende in Gaza getötet, fast 50 davon nachweislich im Zusammenhang mit ihrer Arbeit. Redaktionen und Ausrüstung sind vielerorts zerstört. Bei einen einzigen Angriff am 10. August auf ein Zelt in der Nähe des Al-Schifa-Krankenhauses in Gaza-Stadt, in dem sich Medienschaffende aufhielten, wurden insgesamt sechs Journalisten getötet und drei weitere verletzt. Auch im Westjordanland hat sich der israelische Druck verschärft. Die Armee nimmt immer wieder Journalist:innen fest und steckt sie in Administrativhaft, radikale Siedler behindern die Arbeit palästinensischer und internationaler Medien. Die israelische Armee verhindert systematisch unabhängige Berichterstattung aus dem Gazastreifen, indem sie internationalen Medien seit Kriegsbeginn den direkten Zugang verweigert und palästinensische Reporterinnen und Reporter durch Angriffe und mediale Diffamierung unter Druck setzt. Ziel ist es, Kriegsverbrechen und Menschenrechtsverletzungen vor der Weltöffentlichkeit zu verschleiern und Rechenschaftspflicht zu unterbinden. Die Tötung von Journalist:innen macht schmerzhaft deutlich: Israel will keine Spuren seiner Kriegsverbrechen hinterlassen.

Auch Krankenhäuser und medizinisches Personal werden immer wieder Opfer von Angriffen. Die völlige Missachtung des Schutzes von Patient:innen, medizinischem Personal und damit des humanitären Völkerrechts hat zu einer systematischen Zerstörung des Gesundheitssystems geführt. Aktuell ist kein einziges Krankenhaus im Gazastreifen mehr voll funktionsfähig. Krankenhäuser wie andere Gesundheitseinrichtungen können die Versorgung der Menschen mit chirurgischem Material, Medikamenten und Hygieneartikeln kaum noch sicherstellen. Die Blockade macht es unmöglich, den Nachschub mit lebenswichtigen Gütern wie Antibiotika, Schmerzmitteln und Anästhetika sicherzustellen[4].

Hungerkatastrophe in Gaza

Die Menschen in Gaza werden ausgehungert und das nicht erst seitdem am 2. März 2025 der Gazastreifen nach einem kurzen Waffenstillstand voller Hoffnungen erneut vollständig abgeriegelt wurde und Israel die Verteilung von Lebensmitteln übernommen hat. Die Zahlen der israelischen Besatzungsbehörde COGAT belegen, dass in der Zeit seit dem 7. Oktober 2023 bis Ende 2024 nur knapp ein Viertel der Hilfsgüter nach Gaza gelassen wurden, die von den Vereinten Nationen als das absolute Minimum definiert wurden. An den Grenzübergängen stehen 60.000 LKWs mit dringend benötigten Hilfsgütern, denen Israel die Zufahrt verwehrt.

3 https://www.freitag.de/autoren/the-guardian/daten-von-israels-militaers-zeigen-83-prozent-der-opfer-in-gaza-waren-zivilisten

4 https://www.aerzte-ohne-grenzen.de/unsere-arbeit/einsatzlaender/palaestinensische-autonomiegebiete

Foto: AFP/picturedesk.com; https://www.heute.at/i/israel-fordert-ruecknahme-von-uno-bericht-zu-hungersnot-120127277/doc-1j3m1u0h92; CC BY 4.0 via Wikimedia Commons

Nach mehr als einem Jahr warnender Hinweise auf eine Hungersnot in Gaza, erklärte nun das UN-unterstützte Expertengremium „Food Security Phase Classification“ (IPC) Ende August 2025, dass in Teilen von Gaza eine Hungersnot herrscht[5]. Nach der Mitteilung des IPC haben 640.000 Menschen die höchste Stufe der Ernährungsunsicherheit erreicht, und es herrscht im gesamten Gazastreifen eine Hungersnot. Mehr als die Hälfte aller Kinder im Gazastreifen leiden unter akuter Mangelernährung. Die UNO erklärt nur dann eine Hungersnot, wenn drei kritische Schwellenwerte - extremer Nahrungsmangel, akute Unterernährung und Todesfälle durch Verhungern – überschritten werden.

Vollständige Invasion des Gazastreifens geplant

In der Nacht zum 8. August 2025 hat die israelische Regierung beschlossen, den gesamten Gazastreifen auf unbestimmte Zeit zu erobern, anstatt einen Waffenstillstand zu vereinbaren und den Krieg zu beenden. Diese Entscheidung wurde auch innerhalb Israels mit Entsetzen aufgenommen und führte zu erneuten Protesten nicht nur in der israelischen Öffentlichkeit. Auch innerhalb des Militärs gab es Kritik, da damit das Leben der Geiseln gefährdet sei. International nimmt die Kritik an der rücksichtslosen israelischen Kriegsführung zu und die deutsche Bundesregierung kündigte an, bestimmte Waffenlieferungen an Israel auszusetzen, wenn diese in Gaza eingesetzt werden können.

In Israel werden fünf Punkte kritisiert: Erstens könnten die israelischen Geiseln getötet werden; zweitens ist das israelische Militär nicht in der Lage, genügend Soldaten an die Front zu bringen und könnte schwere Verluste erleiden; drittens ist die israelische Wirtschaft ins Stocken geraten und kann sich die Kosten der Invasion nicht leisten; viertens wird die Eroberung des Gazastreifens die Verantwortung für die Zivilbevölkerung auf die Schultern der israelischen Behörden legen; und fünftens wird die internationale Gemeinschaft wegen der illegalen Besetzung zusätzliche Sanktionen gegen Israel verhängen[6].

Selbst der ehemalige Mossad-Chef Amiram Levin bezeichnete Israels Vorgehen in Gaza als Völkermord. Avraham Burg, der ehemalige Sprecher der Knesset, ruft Juden weltweit dazu auf, sich gegen die israelische Regierung aufzulehnen[7]. Wenige Stunden nach der Ankündigung der Zerstörung von Gaza-Stadt und der Eroberung des gesamten Gazastreifens verurteilten die Außenminister von Großbritannien, Neuseeland, Australien in einer gemeinsamen Erklärung die Entscheidung. Auch die UNO forderte Israel auf, die Entscheidung zurück zu nehmen.

Zeitgleich mit dem Beschluss der Offensive gegen Gaza-Stadt genehmigte das oberste Bauamt Israels mehr als 3.400 Wohneinheiten auf dem E1-Gebiet in der Nähe von Jerusalem. E steht für East und meint die völkerrechtlich illegale Besiedlung auf diesem 12 Kilometer breiten Streifen palästinensischen Gebiets. Das Ziel ist, Jerusalem auszudehnen und ein jüdisches Großjerusalem zu schaffen sowie einen zusammenhängenden palästinensischen Staat im Westjordanland endgültig unmöglich zu machen . Wenn E1 vollständig umgesetzt sei, werde ein eigener palästinensischer Staat unmöglich sein, sagte dazu Israels rechtsextremer Finanzminister Bezalel Smotrich. Dies ist ein weiterer Schritt in Richtung Groß-Israel neben den willkürlichen Hauszerstörungen und Vertreibungen der Palästinenser:innen im Westjordanland und in Gaza.

Die Offensive auf Gaza-Stadt hat Mitte August 2025 mit der Bombardierung durch Kampfjets begonnen. Die Bombardierungen und Vorstöße der Truppen hinterlassen massive Zerstörungen. Netanjahu hat diesen Einsatz als die „entscheidende Phase“ bezeichnet, und die israelische Armee plant die vollständige Übernahme und Zerstörung der größten palästinensischen Stadt. Die Vertreibung der dort noch lebenden 600.000 Einwohner:innen und 400.000 Flüchtlinge sind offensichtlich das Ziel der Offensive. Der Gaza-Streifen war schon vor Beginn des Krieges eine der am engsten bewohnten Regionen der Welt. Mit Beginn der Invasion auf Gaza-Stadt bleiben den zwei Millionen Palästinenser:innen nur 11,5 % des Gebietes des Gazastreifens in einem völlig überfüllten Lager ohne ausreichende humanitäre Versorgung.

Die Bombardierung und Zerstörung von Gaza-Stadt in Verbindung mit der Erklärung der israelischen Regierung, die Bevölkerung aus der Stadt zu vertreiben und die Palästinenser:innen innerhalb und außerhalb Gazas mit Gewalt umzusiedeln, ist eine völkerrechtswidrige ethnische Säuberung.

US-Präsident Trump hatte bereits nach seiner Wiederwahl für Gaza eine Riviera des Nahen Ostens angekündigt. Inzwischen kursiert nach Recherchen der Washington Post ein detailliertes Papier zur Transformation des Gazastreifens in ein US-Treuhandgebiet zum Bau einer „Riviera des Nahen Ostens“ in den Trümmern von Gaza. Voraussetzung ist die Zwangsvertreibung der palästinensischen Bevölkerung [8]. Daran arbeiten die israelische Regierung und Armee mit ihrer Kriegsführung. Ihr Ziel ist die Vertreibung der Hunger und Bombardierung überlebenden Palästinenser:innen. Die Pläne der US-Regierung sollen die verloren gegangene US-Dominanz im Nahen und Mittleren Osten neu zementieren.

Gezielte Tötungen statt Verhandlungen

Nicht erst seit Beginn des Krieges setzt Israel gezielte Tötungen als Waffe gegen politische und militärische Anführer des Gegners ein. Der Mord des Hisbollah - Führers Nasrallah und weiterer Hisbollah-Kommandeure in der Hauptstadt des souveränen Nachbarlandes Libanon, die gezielte Tötung eines politischen Führers der Hamas in der Hauptstadt des souveränen Nachbarlandes Iran, die gezielte Tötung von Wissenschaftlern im Iran, die gezielte Tötung des Ministerpräsidenten der Huthis im souveränen Jemen, die gezielte Tötung von Hamas-Kommandeuren in Gaza, verbunden mit der Ermordung vieler unschuldiger Menschen in deren Umgebung – all das sind bewusst herbeigeführte Eskalationen des Krieges Israels in der gesamten Region. Israel hat Ermordungen und gezielte Tötungen nach einer Studie von B’Tselem seit dem Zweiten Weltkrieg häufiger eingesetzt als jedes andere westliche Land der Welt.

Anfang des Jahres 2025 setzten die Menschen in Gaza große Hoffnungen auf das zwischen Israel und der Hamas vereinbarte Waffenstillstandsab-

5 https://www.ipcinfo.org/fileadmin/user_upload/ipcinfo/docs/IPC_Famine_Review_Committee_Report_Gaza_Aug2025.pdf

6 https://mailchi.mp/aa70f2f80e3f/bip-aktuell-361-israel-bereitet-sich-auf-eine-vollstndige-invasion-des-gazastreifens-vor?e=3e3cf925e5

7 Haaretz 10.08.2025 jews-rebel-ex-knesset-speaker-calls-on-world-jews-to-take-israel-to-icj-over-gaza

8 https://www.washingtonpost.com/national-security/2025/08/31/trump-gaza-plan-riviera-relocation/

Foto: Reuters; https://www.heute.at/i/gaza-dutzende-tote-bei-schuessen-auf-hilfesuchende-120114444/doc-1itukj3v94; CC BY 4.0 via Wikimedia Commons

kommen. Viele Vertriebene kehrten in ihre – wenn auch zerstörten - Häuser zurück und es erreichten für einige Zeit täglich bis zu 600 Lastwagen mit Lebensmitteln die Verteilzentren der UN. Vor Beginn der vereinbarten zweiten Phase wurde das Abkommen von Israel einseitig mit einer kompletten Blockade des Gazastreifens beendet. Auch in der ersten Phase wurde eine zentrale Vereinbarung nicht eingehalten: Israel zog sich trotz anders lautender Verabredungen nie militärisch aus dem Gazastreifen zurück. Die Hamas zeigte sich trotz wiederholter gezielter Tötungen hochrangiger Funktionäre und auch von Verhandlungsführern immer gesprächsbereit. Es sind Netanjahu und seine rechtsradikalen Regierungsmitglieder, die keinen Waffenstillstand sondern die Fortsetzung des Krieges bis zur endgültigen Tötung oder Vertreibung aller Bewohner:innen des Gazastreifens wollen.

Trotzdem gab es weitere Verhandlungen mit der Hamas unter Vermittlung Ägyptens und Katars in der katarischen Hauptstadt Doha. Die Hamas war bereit, »über die Freilassung aller Gefangenen im Austausch für eine klare Erklärung zur Beendigung des Krieges, einen vollständigen Rückzug aus dem Gazastreifen und die Bildung eines Komitees zur Verwaltung des Gazastreifens durch unabhängige Palästinenser zu diskutieren«. Aber die israelische Regierung lehnt eine Waffenpause ab. Am 11. September 2025 bombardierte die Armee die katarische Hauptstadt Doha. Der Angriff galt der Verhandlungskommission der Hamas. Seit Beginn des Völkermords in Gaza hat Israel sieben Länder bombardiert: Palästina, Libanon, Syrien, Irak, Jemen, Iran und nun Katar. Katars Ministerpräsident verurteilte den Angriff als „staatlichen Terrorismus“ und nannte Israel einen „Schurkenstaat“.

Gutachten des Internationalen Gerichtshofes erklärt die Besatzung für rechtswidrig

Bereits im Juli 2024 entschied der Internationale Gerichtshof (IGH) in einem Gutachten, das vor dem 7. Oktober 2023 von der UN-Generalversammlung eingefordert wurde, dass durch die zahlreichen Rechtsverstöße des Besatzungsregimes der israelischen Regierungen die Besatzung Palästinas insgesamt rechtswidrig ist[9].

Der IGH gelangte zu folgenden Ergebnissen:

- Die fortgesetzte Anwesenheit des Staates Israel im besetzten palästinensischen Gebiet ist rechtswidrig.
- Der Staat Israel ist verpflichtet, seine rechtswidrige Anwesenheit im besetzten palästinensischen Gebiet so schnell wie möglich zu beenden.
- Der Staat Israel ist verpflichtet, alle neuen Siedlungsaktivitäten unverzüglich einzustellen und alle Siedler aus dem besetzten palästinensischen Gebiet auszusiedeln.
- Der Staat Israel ist verpflichtet, den Schaden zu ersetzten, der allen betroffenen natürlichen oder juristischen Personen im besetzten palästinensischen Gebiet entstanden ist.
- Alle Staaten sind verpflichtet, die Situation, die sich aus der rechtswidrigen Anwesenheit des Staates Israel im besetzten palästinensischen Gebiet ergibt, nicht als rechtmäßig anzuerkennen und keine Hilfe oder Unterstützung zur Aufrechterhaltung der Situation zu leisten, die durch die fortgesetzte Anwesenheit des Staates Israel im besetzten palästinensischen Gebiet entstanden ist.
- Internationale Organisationen, einschließlich der Vereinten Nationen, sind verpflichtet, die Situation, die sich aus der rechtswidrigen Anwesenheit des Staates Israel im besetzten palästinensischen Gebiet ergibt, nicht als rechtmäßig anzuerkennen.
- Die Vereinten Nationen, insbesondere die Generalversammlung, die diese Stellungnahme angefordert hat, und der Sicherheitsrat sollten die genauen Modalitäten und weitere Maßnahmen prüfen, die erforderlich sind, um die rechtswidrige Anwesen-

9 https://www.icj-cij.org/sites/default/files/case-related/186/186-20240719-adv-01-00-en.pdf

Am 26. August kam es in Tel Aviv zu einer Massendemonstration gegen Netanjahus brutalen Krieg im Gazastreifen.
Foto: IMAGO/SOPA Images; https://www.heute.at/i/tausende-fordern-in-tel-aviv-ende-des-gaza-kriegs-120127078/doc-1j3l0214j4; CC BY 4.0 via Wikimedia Commons

heit des Staates Israel im besetzten palästinensischen Gebiet so schnell wie möglich zu beenden.

Die UNO-Generalversammlung begrüßte das Gutachten in einer Resolution vom 13. Sept. 2024 und verlangte von Israel, seine unrechtmäßige Anwesenheit in den besetzten palästinensischen Gebieten innerhalb der nächsten zwölf Monate zu beenden. Darüber hinaus forderte sie die Rückgabe des Landes und allen kulturellen Eigentums und Vermögens, welche den Palästinenser;innen und ihren Institutionen seit 1967 weggenommen wurden.

Die israelische Regierung ignoriert dieses Gutachten genauso wie alle UN-Resolutionen außer der Teilungsresolution seit 1948. Im Juli 2024 verabschiedete das israelische Parlament eine Resolution, mit der die Ablehnung eines palästinensischen Staates erneut bekräftigt wurde. In Gaza und im Westjordanland weitet Israel seine illegale Landnahme immer radikaler aus.

Was tun?

Seit Beginn des Krieges gegen die Bevölkerung in Gaza nach dem 7. Oktober 2023 und der zunehmenden Vertreibungen der Palästinenser:innen in Gaza und der Westbank, seit Beginn der Rekolonisierung von Westasien durch die USA und ihre Verbündeten nehmen weltweit die Proteste dagegen zu. Auf der ganzen Welt und auch in Israel gibt es Massendemonstrationen für ein Ende des Genozids und für die Rechte der Palästinenser:innen. Insbesondere in den USA und Deutschland, den Hauptunterstützer-Staaten und größten Waffenlieferanten Israels, werden diese Proteste häufig massiv behindert und es wird versucht, Demonstrationen systematisch zu unterdrücken.

Aber die berechtigten Proteste gegen den Genozid lassen sich nicht unterdrücken. In Berlin demonstrierten am 23. Juni 2025 um die 50.000 Menschen gegen die Hungerblockade und die deutsche Mitverantwortung an Israels Krieg. In Frankfurt waren es am 30. August mindestens 30.000. In der ganzen Republik gibt es seit Beginn des Krieges Kundgebungen und Demonstrationen gegen den Völkermord, gegen die Waffenlieferungen und für ein Ende des Krieges. Am 27. September 2025 demonstrierten in Berlin 100.000 Menschen für eine Ende des Genozids[10].

Auch in Israel gibt es nicht nur die großen Demonstrationen in Tel Aviv für die Befreiung der Geiseln, sondern zunehmend auch Proteste gegen das Verhungern von Kindern in Gaza und das Leid der Zivilbevölkerung.

Die LINKE als internationalistische Partei muss an der Seite der Unterdrückten stehen und sich für einen gerechten Frieden in Palästina einsetzten. Das Projekt eines Groß-Israel, das Projekt der Rekolonisierung von Westasien zur Sicherung der Ressourcen dieser Region durch die USA mit Unterstützung Israels sind ein imperialistisches Projekt, gegen das die Völker der Welt aufstehen.

10 https://www.zusammen-fuer-gaza.de/

STOPPT DEN GENOZID! STOPPT DIE HUNGERSNOT! KEINE WAFFENLIEFERUNGEN AN ISRAEL!

SOLIDARITÄT DER HERRSCHENDEN

Man könnte fast neidisch werden: Während die gesellschaftliche Linke seit Jahren damit beschäftigt ist, ob „Internationalismus“ oder „Transnationalismus“ der präzisere Begriff sei, haben AfD, Rassemblement national, Orban und Trumpist*innen längst ein global vernetztes Start-up der Reaktion gegründet – Investorinnen inklusive. Es ist die „rechte Internationale“, die den neoliberalen Krisenstaat stabilisiert, indem sie soziale Wut in nationalistische Bahnen lenkt und das Kapital von der Last der Selbstrechtfertigung befreit. Ihre Funktion gleicht jener, die Marx im 19. Jahrhundert bereits der „Heiligen Allianz“ zuschrieb: internationale Solidarität der Herrschenden gegen die Möglichkeit internationaler Solidarität der Beherrschten.

Ian Nadge

Internationale Vernetzung der Rechten

Rechte Netzwerke sind in diesem Kontext keine spontanen Ausbrüche des Populismus. Sie fungieren als Krisenmanagement des globalen Neoliberalismus. Überall, wo Austerität, Deindustrialisierung und Sozialabbau die Gesellschaften zerfressen, tritt die rechte Internationale auf den Plan: als Bündnis von Rechtspopulistinnen, Faschistinnen und autoritären Technokrat*innen, deren gemeinsame Funktion es ist, die Krisen des Neoliberalismus politisch abzusichern.

Ian Nadge ist Mitglied im Landessprecher:innenrat der AKL Niedersachsen und beobachtet mit Sorge, wie Neoliberalismus in Krisenzeiten Faschismus und Rechtspopulismus als Werkzeuge zur Aufrechterhaltung von Herrschaftsverhältnissen instrumentalisiert.

Die Vorstellung, Nationalismus sei zwangsläufig provinziell, kleingeistig und in die eigenen Grenzen eingemauert, hält sich hartnäckig – und ist gleichzeitig politisch gefährlich. Die neue Rechte hat längst gelernt, dass Chauvinismus globalisierbar ist. Ihre Internationalität funktioniert nicht als Solidarität der Ausgebeuteten, sondern als Kartell der Ausbeuter*innen in spe.

1. Strategische Zusammenarbeit: AfD, RN, Lega, Meloni, Orban, Trumpisten, Bolsonaro

Zwischen den einschlägigen Akteurinnen der internationalen Rechten gibt es einen kontinuierlichen Austausch, der an einen grenzenlosen Think Tank erinnert. Abgesandte der AfD pilgern nach Paris zu Marine Le Pen, nach Rom zur Lega oder zu Giorgia Meloni, während US-amerikanische Trumpistinnen die deutschen „Patriotinnen“ mit der neuesten Infotainment-Propaganda versorgen. Kampagnenstrategien werden dabei munter über Grenzen hinweg importiert – von „Stop the Steal“ in den USA bis zur „Remigration“-Rhetorik der AfD. Ebenso werden Medienpraktiken systematisch geteilt, etwa die algorithmische Zuspitzung in sozialen Netzwerken oder das gezielte Streuen von Halbwahrheiten über „alternative Medien“. Hinzu kommt eine rege Personalrotation: Politikerinnen, Beraterinnen und „Bewegungsunternehmerinnen“ reisen zwischen Washington, Brasília, Paris und Berlin, um Erfahrungen zu bündeln und rechte Organisationsformen zu professionalisieren.[1]

Hinter dieser Vernetzung wiederum stehen potente Geldgeber*innen und ideologische Strippenzieher, die den globalen Rechtspopulismus mitfinanzieren und inhaltlich orchestrieren. Besonders hervorzuheben ist Steve Bannon, der mit seiner Initiative The Movement den Versuch unternahm, einen rechtsextremen Internationalismus des 21. Jahrhunderts zu institutionalisieren – samt einem Kloster in Italien, das zur Kaderschmiede für reaktionäre Eliten ausgebaut werden sollte.

2. Conservative Political Action Conference (CPAC)

Ein besonders krasses Beispiel für die internationale Selbstinszenierung der Rechten ist die Conservative Political Action Conference (CPAC). Ursprünglich in den USA als jährlicher Rechtsaußen-Karneval gegründet, bei dem sich die republikanische Partei radikalisiert und konservative Think

[1] Gosling, Tim. Central Europe‘s right-wing populist networks up their game. Deutsche Welle, [online], https://www.dw.com/en/central-europes-right-wing-populist-networks-up-their-game/a-72802046, 05.06.2025

Tanks, Lobbygruppen sowie christliche Fundamentalistinnen ein Stelldichein geben, ist sie längst zu einem Exportartikel geworden. Inzwischen tourt die CPAC als globales Event durch die Hauptstädte der Reaktion – von Budapest, wo Viktor Orbán als glamouröser Stargast hofiert wird, bis nach Mexiko-Stadt, wo autoritäre Nationalistinnen ihre Nähe zu Trump feiern. Damit hat sich die Konferenz in eine Art Wanderzirkus der Reaktion verwandelt: ein Spektakel, das politische Hardliner, Lobbyistinnen, Oligarchinnen und neurechte Influencer*innen zusammenführt und dabei die symbolische Einheit der internationalen Rechten inszeniert. Die CPAC bietet also nicht nur Bühne und Netzwerkknoten, sondern wirkt als ideologischer Showroom, in dem die neuesten Strategien, Feindbilder und Kampagnen exportfähig gemacht werden. [2]

Foto: Angela Weiss/AFP/picturedesk.com; https://www.heute.at/i/hitlergruss-musk-sorgt-bei-trump-vereidigung-fuer-eklat-120085228/doc-1ii3om81i4; CC BY 4.0 via Wikimedia Commons

3. Milliardärs Netzwerke (Koch Brothers, Musk und europäische Oligarchen)

Die **Koch-Brüder** (Charles & David Koch) gelten als zentrale Förderer rechter Denkfabriken und politischer Netzwerke in den USA. Sie stellen umfangreiche Mittel bereit für Stiftungen, Think Tanks wie das **Cato Institute, Americans for Prosperity (AFP**), das **State Policy Network** und lokale Gruppen – teils mit erschreckender strategischer Kontinuität. [3]

Greenpeace berichtet, dass Koch-Stiftungen allein von 1997 bis 2012 über **70 Millionen USD** zur Verfügung stellten, um Klimaschutzmaßnahmen zu behindern – mehr als ExxonMobil. [4]

Der Guardian hebt hervor, wie der Koch-Komplex systematisch Geld bei konservativen Mega-Spender-Seminaren bündelt und über Jahrzehnte hinweg lokale, nationale und mediale Einflussmechanismen orchestriert.

Elon Musk hat mit der Übernahme von Twitter (nun X) die Echokammer der internationalen Rechten massiv gestärkt: Unter ihm wurden Accounts von Trump bis zu neofaschistischen Propagandist*innen reaktiviert und rechte Inhalte sichtbarer gemacht. Gleichzeitig inszeniert er sich als politischer Akteur – ob durch Nähe zu Ron DeSantis oder durch den Mythos „Meinungsfreiheit" als Deckmantel für Hassrede. Auch in Deutschland tritt Musk nicht als neutraler Investor auf: Mit seiner Tesla-Gigafactory in Brandenburg attackiert er Umweltauflagen und Gewerkschaften, während er über X mit AfD-nahen Positionen zu Migration und Klimapolitik in den Diskurs eingreift. So liefert er Infrastruktur und Stichworte für eine reaktionäre Agenda – ein Musterbeispiel für die Verschmelzung von Kapitalmacht, Plattformkontrolle und Politik im 21. Jahrhundert.[5]

4. Evangelikale und andere religiöse Rechte:

Ihre Netzwerke schaffen den kulturellen Klebstoff, der christlichen Fundamentalismus in Brasilien, Polen und den USA zu einem gemeinsamen Kampf gegen „Gender-Ideologie" und „Dekadenz" verbindet.

Evangelikale und andere Strömungen der religiösen Rechten übernehmen in der internationalen Vernetzung eine zentrale ideologische Funktion. Sie schaffen den kulturellen Klebstoff, der ansonsten sehr unterschiedliche nationale Kontexte zusammenhält. In Brasilien, Polen oder den USA verbinden sich Formen des christlichen Fundamentalismus zu einer gemeinsamen Front gegen die vermeintliche „Gender-Ideologie" und gegen alles, was als „Dekadenz" denunziert wird. Dabei agieren sie keineswegs nur als religiöse Gruppierungen, sondern als politisch hoch organisierte Bewegungen, die über Kirchen, Medien und Bildungseinrichtungen eine breite gesellschaftliche Mobilisierung betreiben. Ihre Narrative sind anschlussfähig für konservative Milieus ebenso wie für nationalistische Strömungen: Sie propagieren ein Bild von Familie, Geschlechterordnung und Sexualität, das als Bollwerk gegen soziale Emanzipation und feministische

---

[2] Dieser Artikel beleuchtet, wie Ungarns Ministerpräsident Viktor Orbán die Conservative Political Action Conference (CPAC) in den USA nutzt, um seine Rolle in einer wachsenden internationalen „anti-globalistischen" Koalition zu stärken.
Csonka, Tamas. „Orban uses CPAC to bolster role in growing ‚anti-globalist' coalition", bne INTELLINEWS, [online], https://www.intellinews.com/orban-uses-cpac-to-bolster-role-in-growing-anti-globalist-coalition-323129/, 29.05.2024

[3] Die Koch-Brüder, insbesondere durch ihre Organisation Americans for Prosperity (AFP), haben maßgeblich dazu beigetragen, die US-Politik nach rechts zu verschieben. AFP, finanziert durch die Koch-Brüder, spielte eine zentrale Rolle bei der Durchsetzung konservativer Gesetzgebungen.
Hertel-Fernandez, A.; Tervo, C.; Skocpol, T.: „How the Koch brothers built the most powerful rightwing group you've never heard of", The Guardian, [online], https://www.theguardian.com/us-news/2018/sep/26/koch-brothers-americans-for-prosperity-rightwing-political-group, abgerufen 08.09.2025

[4] Center for Public Integrity: „Koch Climate Opposition Funding", [online], GREENPEACE, https://www.greenpeace.org/usa/climate/climate-deniers/koch-industries/koch-climate-opposition-funding/, abgerufen 08.09.2025

[5] Der US-Tech-Oligarch Elon Musk verstärkte vor den Bundestagswahlen seine Unterstützung für die Alternative für Deutschland (AfD). Eigener Bericht, „Ein Oligarch für die AfD", GERMAN-FOREIGN-POLICY.com, [online], https://www.german-foreign-policy.com/news/detail/9816, 09.01.2025

Kämpfe dient. Auf diese Weise wird religiöser Fundamentalismus zur globalen Infrastruktur einer reaktionären Kulturpolitik, die rechte Parteien in ihren jeweiligen Ländern ideologisch absichert und ihre Mobilisierungsfähigkeit verstärkt. [6],[7]

5. Transnationale Plattformen

Die Rechte ist, man muss es neidlos anerkennen, im 21. Jahrhundert angekommen. Ihre Vernetzung reicht längst über nationale Grenzen hinaus und hat institutionelle wie kulturelle Formen angenommen. Im EU-Parlament etwa fungieren Fraktionen wie „Identität und Demokratie“ oder die „Europäischen Konservativen und Reformer“ nicht nur als Bühne für nationale Selbstdarstellung, sondern auch als strategische Koordinationsräume, in denen Kampagnen, Narrative und Personalfragen abgestimmt werden. Ergänzt wird diese institutionelle Verankerung durch internationale Konferenzen wie die „National Conservatism Conference“, die Politikerinnen, Intellektuelle und Unternehmerinnen der Rechten in einem halb-akademischen, halb-fanatischen Rahmen zusammenführt und ideologische Orientierungspunkte schafft. Hinzu kommen digitale Plattformen wie Twitter/X, Telegram, TikTok oder YouTube, die als globale Echokammern funktionieren: Ein Meme, das morgens in den USA geboren wird, taucht noch am selben Abend in den Timelines osteuropäischer Nationalist*innen auf – ein transnationales Stammtischgespräch, verstärkt durch Algorithmen und konsumiert von einem Millionenpublikum.[8],[9]

6. Franchising Rechtspopulismus

Kurz gesagt: Die Rechte organisiert sich wie ein kapitalistisches Franchise-Unternehmen. Jede Filiale (AfD, RN, Trumpist*innen etc.) verkauft ihre nationale Spezialität, aber die Corporate Identity – Rassismus, Autoritarismus, Neoliberalismus mit „patriotischer“ Sauce – bleibt global erkennbar. Ihre Handlungslogik ist simpel: die soziale Wut der Bevölkerung in autoritäre Kanäle lenken, Krisen für ökonomische Profite instrumentalisieren und linke Bewegungen spalten. Dabei operieren sie transnational – im Parlament, in Think Tanks, auf Social Media, ja sogar mit militärischen Allianzen.

Der Aufschwung der Nationalismen ist daher keine Überraschung, sondern funktionale Krisenbearbeitung. [10],[11]

Wo bleibt der Nationalpopulismus von links?

Es erscheint, dass Teile der gesellschaftlichen Linken eine Art von Nationalpopulismus, oder „sozialem Patriotismus“ (Stichwort BSW) zu definieren versuchen, was letztlich bedeutet: die nationalistische Standortlogik im roten Gewand fortzuschreiben. Wer die Klassenspaltung im Namen der Nation kitten will, spaltet nur die internationale Arbeiter:innenklasse. **Eine linke Perspektive kann darum nur Internationalismus heißen – alles andere ist Selbstaufgabe.[12], [13]**

Krise der bürgerlichen Mitte und Aufschwung der Nationalismen

Die klassische Mitte der bürgerlichen Gesellschaft – Sozialdemokratie und konservative Volksparteien – befindet sich im freien Fall. Jahrzehntelang als „Stabilisatoren“ des neoliberalen Systems inszeniert, haben sie ihre eigentliche Klientel längst verraten: die Arbeiter*innenklasse, die sie einst in Form von Sozialreformen binden konnten, und die Kleinbürger*innen, die zwischen Furcht vor dem Abstieg und nationalistischer Nostalgie oszillierten. Heute zeigt sich die bittere Realität: Wer noch an die parlamentarische „Fürsorge“ dieser Parteien glaubt, erlebt eher Verwaltung als Repräsentation.

Diese Entwicklung ist kein Zufall, sondern strukturell. In einer globalisierten Produktionsweise wird die „Mitte“ zunehmend zum Verwaltungsapparat des Kapitals: Gesetze, Steuern, Subventionen – alles wird durch die Linse der Profitmaximierung gefiltert. Parteien, die einst politische Bühne und Vermittlungsinstanz der sozialen Bewegungen waren, sind heute Bürokratien, deren Hauptaufgabe darin besteht, den

---

[6] Neokonservative Katholik:innen und evangelikale Gruppen schließen sich im Zusammenspiel mit den neoliberalen Zielen der Bolsonaro-Regierung zusammen.
Carranza B.; Rosado-Nunes, M. J. :“Democracy and the Christian Right in Brazil: Family, Sexualities and Religious Freedom“, [online], MDPI, https://www.mdpi.com/2077-1444/15/6/634, 22.05.2024

[7] Länder wie die **USA, Brasilien, Polen und Ägypten** in ihrer Außenpolitik zunehmend agieren alliiert, wenn sie etwa die **„Geneva Consensus Declaration“** unterschreiben, die das Recht auf Abtreibung ablehnt und das traditionelle Familienbild verankert.
Hinz. K; Coutinho A.; Grześkiewicz, H.; Ahmed G.; Flisak A.; Barbar, Hadir: „Unholy alliance: the global crusade against reproductive justice“, [online], openDemocracy, https://www.opendemocracy.net/en/democraciaabierta/unholy-alliance-the-global-crusade-against-reproductive-justice/, 18.03.2021

[8] Dieser Artikel analysiert die zunehmende Präsenz und Einflussnahme rechtsextremer Kräfte im Europäischen Parlament.
Végh, Zsuzsanna: „Die extreme Rechte bleibt eine Bedrohung für die Demokratie“, [online], Die Welt, https://www.welt.de/debatte/kommentare/plus252572496/Europaparlament-Die-extreme-Rechte-bleibt-eine-Bedrohung-fuer-die-Demokratie.html, 26.07.2024

[9] Adler, D.; Broder, D. : „Meet the Reactionary International“, [online], The Nation. https://www.thenation.com/article/world/reactionary-international-natcon/, 23.04.2024

[10] Die Idee einer Fusion aus **Autoritärem Kapitalismus und Rechtspopulismus** zeigt, wie rechte Bewegungen Krisen ideologisch und ökonomisch instrumentalisieren.
Saad-Filho, Alfredo: „The rise of nationalist authoritarianism and the crisis of neoliberalism“, [online], PPE, https://www.ppesydney.net/the-rise-of-nationalist-authoritarianism-and-the-crisis-of-neoliberalism/ 2.11.2018

[11] Der Autor argumentiert, dass Rechtspopulismus eng mit autoritär-kapitalistischen Krisenlösungen verknüpft ist.
Campos, Rodrigo Duque Estrada: „The International Turn in Far-Right Studies: A Critical Assessment“, [online], Sage Journals, Millenium: Journal of International Studies, Volume 51, Issue 3, https://doi.org/10.1177/03058298231198992, 25.10.2023

[12] Dieser Beitrag im **Neuen Deutschland** weist auf strukturelle Gemeinsamkeiten zwischen linkspopulistischen und rechtspopulistischen Strategien hin.
Stojaković , Krunoslav: „Eine Kritik des Linkspopulismus“, [online], Neues Deutschland, https://www.nd-aktuell.de/artikel/1191979.linke-debatte-eine-kritik-des-linkspopulismus.html, 18.06.2025

[13] Populismus ist nicht ausschließlich ein Phänomen der politischen Rechten ist. Vielmehr existiert auch ein Linkspopulismus, der ähnliche Merkmale wie der Rechtspopulismus aufweist, jedoch andere inhaltliche Schwerpunkte setzt.
Hartlieb, Florian: „Linkspopulismus – ein vernachlässigtes Phänomen?“, [online], Bundeszentrale für Bildung, https://www.bpb.de/themen/medien-journalismus/netzdebatte/261244/linkspopulismus-ein-vernachlaessigtes-phaenomen/, 07.12.2017

Betrieb des Kapitalismus reibungslos zu halten. Die Folge: Entfremdung von den Massen, die immer deutlicher spüren, dass ihre Interessen nicht mehr verhandelt, sondern verwaltet werden.

In diesem Vakuum des Vertrauens gedeihen die Nationalismen. Wenn kapitalistische Krisen – Prekarisierung, Sozialabbau, Umweltkatastrophen – auf den Schultern der Mehrheit lasten, ist die Versuchung groß, nach Sündenböcken zu suchen. Nationale Einheit, ein „Wir gegen die Anderen"-Narrativ, erscheint als einfache Lösung für komplexe ökonomische Widersprüche. Migration, supranationale Institutionen oder „Globalistinnen" werden zu Projektionsflächen für soziale Spannungen, während die wahren Profiteurinnen – transnationale Konzerne und Finanzeliten – im Hintergrund lächelnd die Hände reiben.

Die Nationalismen der Gegenwart sind jedoch nicht nur Reaktion, sondern strategische Krisenbearbeitung des Kapitals. Sie fungieren als ideologisches Sicherheitsventil: Die soziale Wut der Bevölkerung wird in autoritäre Kanäle geleitet, Klassenwidersprüche entlang imaginärer nationaler Grenzen fragmentiert, und eine potenziell revolutionäre Kraft der Arbeiter*innenbewegung wird in nationalistischer Rhetorik absorbiert.[14]

Frage für die Linke

Für die gesellschaftliche Linke und auch die Partei Die Linke ergibt sich daraus eine unmissverständliche Konsequenz: Jede Illusion, man könne soziale Gerechtigkeit durch „sozialen Patriotismus" oder nostalgische Rückkehr zu vermeintlich stabilen bürgerlichen Reformzeiten erreichen, ist zum Scheitern verurteilt. In einer global vernetzten Produktionsweise sind Krisen keine rein nationalen Phänomene – sie entstehen aus den Widersprüchen des internationalen Neoliberalismus, aus der Konkurrenz der Staaten, aus transnationalen Finanzströmen und der neoliberalen Integration der Weltmärkte. Wer also die nationale Einheit über internationale Solidarität stellt, ersetzt keine Klassenanalyse durch politische List, sondern reproduziert schlicht die Standortlogik des Kapitals: Die Arbeiter:nnenklasse wird entlang nationaler Grenzen fragmentiert, ihre sozialen Konflikte kanalisiert und in falsche Richtungen gelenkt, während die globalen Profiteurinnen weiterhin ungestört operieren.

Ein echter Ausweg liegt nicht in der Anpassung an die Logik des Nationalstaats, sondern nur in konsequentem Internationalismus und klassenbewusster Politik. Das bedeutet: Bündnisse über Ländergrenzen hinweg, Kooperation von Gewerkschaften, linken Parteien, migrantischen Organisationen und sozialen Bewegungen, gemeinsame Analyse der globalen Produktions- und Eigentumsverhältnisse und koordinierter Widerstand gegen transnationale Kapitalmacht. Alles andere – selbst gut gemeinte Reformen innerhalb des nationalen Rahmens – bleibt Selbsttäuschung: ein Pflaster auf einer klaffenden Wunde, das weder die ökonomische Basis noch die autoritäre Dynamik des Systems berührt. Wer die Grenzen der Nation zum Maßstab revolutionärer Strategie erklärt, liefert die eigenen Kräfte der internationalen Fragmentierung aus und gibt den rechten Kräften freie Bahn, die Krisen politisch zu monopolisieren.

Auf dem Pfad der „Faschisierung"?

Die Frage, ob sich unsere Gesellschaften auf einem Pfad der „Faschisierung" befinden, wirkt zunächst alarmistisch – doch eine theoretische Klärung lohnt. Der Begriff stammt aus den Debatten der Komintern der 1920er Jahre und bezeichnet keinen plötzlichen Putsch oder kompletten Abriss demokratischer Institutionen. Vielmehr beschreibt er einen Übergangsprozess, in dem kapitalistische Krisen zunehmend über autoritäre Strukturen und repressive Praktiken kanalisiert werden. Es geht also um ein schrittweises Verschieben von Macht, Kontrolle und Ideologie – nicht um einen abrupten Bruch.[15],

[14] Hier wird dargelegt, dass sich Sozialdemokratie durch Übernahme neoliberaler Ideen von linken Wurzeln entfernte. Sie habe sich zu einem Befürworter von Ungleichheit entwickelt – statt wie einst, diese zu mildern
Bandau, Frank: „The Electoral Crisis of Social Democracy: Postindustrial Dilemmas or Neoliberal Contamination?", [online], Sage Journals, Political Studies Review,Volume 20, Issue 3, https://orcid.org/0000-0002-3714-7298, abgerufen 08.09.2025

[15] Die Faschisierung wird hier als ein misslungener Übergang zu einer neuen kapitalistischen Entwicklungsperiode beschrieben. Sie entsteht in einer organischen Krise des Neoliberalismus und dient als Blockade gegen einen grünen Kapitalismus.
Candeias, Mario: Monster verstehen - Wechselwirkung von Faschisierung und blockierter Transformation
blockierter Transformation (2024), [online],

Foto: Leonhard Lenz; CC BY 4.0 via Wikimedia Commons

Heutige Tendenzen

■ **Autoritäre Staatstendenzen**

Moderne Nationalstaaten zeigen eine wachsende Affinität zu Überwachung und Repression: Polizei- und Geheimdienstbefugnisse werden systematisch ausgeweitet, während klassische demokratische Rechte wie Streik- und Versammlungsfreiheit sukzessive eingeschränkt werden. Diese Maßnahmen sind kein „Versehen", sondern Teil eines kalkulierten Krisenmanagements: Der Staat schützt nicht primär die Bevölkerung, sondern die Funktionsfähigkeit des Kapitalismus, auch auf Kosten bürgerlicher Freiheiten. [16]

■ **Repressive Krisenpolitik**

Die Logik der autoritären Krisenbearbeitung zeigt sich auch in der Verwaltung selbst. Militarisierung von Sicherheitskräften, Überwachungstechnologien, digitale Kontrolle und bürokratische Entdemokratisierung verschmelzen zu einem System, in dem gesellschaftliche Konflikte nicht gelöst, sondern kanalisiert werden. Streiks, Proteste oder zivilgesellschaftliche Interventionen werden zunehmend als „Störfälle" behandelt, während die Profiteur*innen der globalisierten Ökonomie ungestört ihre Interessen durchsetzen.

■ **Ideologische Normalisierung**

Parallel zu diesen institutionellen Verschiebungen läuft ein ideologischer Prozess: Rechte Parolen – ob gegen Migration, Feminismus oder „Globalist:innen" – dringen schleichend in den Mainstream-Diskurs ein. Was gestern noch als extrem galt, wird heute in Talkshows, Parteiprogrammen und Leitartikeln verhandelt. Diese Normalisierung trägt dazu bei, dass autoritäre und nationalistische Perspektiven als legitime Lösungen sozialer und ökonomischer Krisen erscheinen, während die eigentlichen Ursachen – neoliberale Umverteilung, Ausbeutung und Kapitalakkumulation – unsichtbar bleiben.

Faschisierung heute:

Autoritäre Krisensteuerung und transnationale Vernetzung

Die Frage, ob Faschisierung ein bewusst gesteuertes Projekt des Herrschaftssystems ist oder lediglich das Nebenprodukt einer „Krisendrift", lässt sich nicht mit einem simplen Ja oder Nein beantworten. Vielmehr handelt es sich um einen gelenkten, aber widersprüchlichen Prozess: Die herrschenden Klassen oszillieren zwischen parlamentarischer Demokratie und autoritären Regimen, stets mit der Abwägung, wie ihre Herrschaft am effizientesten gesichert werden kann. Demokratie wird nicht aus altruistischen Gründen verteidigt, sondern immer dann, wenn sie der Stabilisierung der neoliberalen Ordnung dient; autoritäre Methoden werden eingesetzt, sobald soziale Unruhen, Klassenkonflikte oder wirtschaftliche Krisen die Routineverwaltung gefährden.

Faschisierung bedeutet daher nicht ein abruptes Umschalten auf totalitäre Herrschaft, sondern die schrittweise Integration autoritärer Instrumente in den Staatsapparat: Überwachung, Repression, Militarisierung und ideologische Manipulation werden eingesetzt, um Krisen zu „beherrschen" und Klassenherrschaft zu sichern. Gleichzeitig ist dieser Prozess widersprüchlich: Parlamentarische Institutionen, Medien und bürgerliche Normen werden nicht vollständig abgeschafft, sondern entleert, entkernt und selektiv angepasst, sodass demokratische Formen formal erhalten bleiben, während ihre Substanz zunehmend durch autoritäre Steuerungslogik ersetzt wird.

Im Vergleich zu den faschistischen Bewegungen der 1930er Jahre zeigt sich ein markanter Unterschied: Heute existieren keine massenhaften Straßenmilizen in vergleichbarem Umfang, keine uniformierten paramilitärischen Heerscharen, die Städte kontrollieren. Stattdessen tritt eine autoritäre, technokratische Form der Herrschaft zutage: Demokratische Institutionen verlieren ihre Handlungsfähigkeit, Gerichte und Verwaltungen werden zunehmend zur effizienten Durchsetzung kapitalistischer Interessen umfunktioniert, während punktuell faschistische Kräfte – Parteien, Think Tanks, Netzwerke – in diesen Mechanismus integriert werden, um die ideologische Legitimation zu sichern.

Man könnte es bildhaft so ausdrücken: Die 1930er-Variante des Faschismus war eine rohe, militante Massenmaschine. Die heutige Version ist ein präzisionsgetuntes Krisenmanagement: autoritär, digital überwacht, ökonomisch effizient, aber weiterhin auf demokratische Fassade bedacht. Die Gefahr liegt darin, dass diese „sanfte Faschisierung" oft unterschätzt wird – subtiler, globaler und auf die Sicherung der kapitalistischen Ordnung in einer vernetzten Welt zugeschnitten.

Lehre für die Linke

Wer die Faschisierung nur als nationales Problem versteht, verkennt ihre transnationale Dimension. Effektiver Widerstand muss international koordiniert, klassenpolitisch orientiert und antiimperialistisch sein – sonst bleibt die autoritäre Offensive der Rechten unaufhaltbar.

Einheitsfront gegen die Rechten?

Die historische Lehre ist unmissverständlich: Leo Trotzki betonte bereits in den 1930er Jahren die Notwendigkeit einer **Einheitsfront der Arbeiter*innenorganisationen**, nicht jedoch einer sogenannten „Volksfront" mit liberal-bürgerlichen Kräften. Erfahrungsgemäß dienen Koalitionen mit der Bürgerlichen Mitte vor allem der Stabilisierung der bestehenden Herrschaftsordnung, während sie die sozialen und politischen Interessen der Arbeiter:nnenklasse untergraben. Sie verhindern die Entfaltung einer eigenständigen Klassenpolitik und verschieben autoritäre Tendenzen allenfalls auf die lange Bank. Trotzki machte klar: Einheitsfront bedeutet praktische Zusammenarbeit auf Klassenbasis – nicht die Verschmelzung mit Kräften, die strukturell an der Fortsetzung von Ausbeutung, Militarismus und Unterdrückung interessiert sind. [17]

Die Gegenwart bestätigt diese Analyse.

Rosa Luxemburg Stiftung, https://www.rosalux.de/fileadmin/rls_uploads/pdfs/sonst_publikationen/Candeias_Monster_Faschisierung.pdf, 2024

[16] Die Dynamik der radikal Rechten transformiert den liberalen Konservatismus und dieser selbst wird zum Motor der Faschisierung. Candeias, Mario: „Faschisierung an der Macht", [online], https://zeitschrift-luxemburg.de/artikel/faschisierung-an-der-macht/, April 2025

[17] Trotzki lehnt die Zusammenarbeit der Arbeiterparteien mit bürgerlichen Kräften ab, da er diese als eine Form der Stabilisierung der bestehenden Herrschaftsordnung ansieht, die die sozialen und politischen Interessen der Arbeiterinnenklasse untergräbt. Leon Trotzki, „Die Volksfront und die Aktionskomitees" [online], Marxists' Internet Archive. https://www.marxists.org/deutsch/archiv/trotzki/1935/11/volksfront.htm, 1935

Demokratische Bündnisse gegen Rechts, etwa zwischen SPD, Grünen oder Liberalen, erreichen meist nur symbolische Wirkung. Sie können kurzfristige parlamentarische Blockaden erzeugen, doch sie selbst tragen Austeritätspolitik, Kriegseinsätze, neoliberale Reformen und autoritäre Gesetzesinitiativen mit. Ihre Logik ist nicht die Emanzipation der Mehrheit, sondern die Stabilisierung des nationalen Kapitalinteresses. Wer sich auf sie verlässt, bindet die Arbeiter:innenbewegung an eine Institution, die letztlich selbst ein Bestandteil der globalen Kapitalherrschaft ist.

Eine wirksame **Einheitsfront** kann nur auf **klassenpolitischer Grundlage** entstehen. Dies bedeutet die praktische Zusammenarbeit von Gewerkschaften, linken Parteien, sozialen Bewegungen, migrantischen Organisationen und feministischen Kämpfen. Eine solche Front ist kein abstraktes Bündnis, sondern ein realer Mechanismus kollektiver Stärke, der es ermöglicht, die sozialen und politischen Konflikte zu kanalisieren und in eine Richtung zu lenken, die die Machtbasis der Rechten unterminiert. Ziel ist nicht die Verteidigung des bestehenden Systems, sondern die Schaffung von **Gegenmacht**, die in der Lage ist, die sozialen Interessen der Mehrheit zu vertreten und autoritäre Entwicklungen aufzuhalten.

Strategische Überlegungen für eine Einheitsfront gegen die Rechten lassen sich wie folgt zusammenfassen:

- **Organisation von Widerstand:** Wie kann Opposition so strukturiert werden, dass sie nicht nur defensiv bleibt, sondern langfristig Gegenmacht aufbaut? Dies erfordert institutionelle wie gesellschaftliche Vernetzung, von Gewerkschaften über soziale Bewegungen bis hin zu migrantischen Organisationen. [18]

Foto: StockSnap pixabay

- **Massenmobilisierung vs. parlamentarische Blockade:** Streiks, Straßenproteste und direkte Aktionen sind oft wirksamer, um gesellschaftliche Kräfte sichtbar zu bündeln, als das Warten auf parlamentarische Kompromisse oder symbolische Abstimmungen. Die Stärke liegt in der Masse, nicht in der bloßen Formalmacht.
- **Internationale Solidarität:** Die rechte Bewegung agiert transnational. Effektiver Widerstand muss ebenfalls global koordiniert sein, Erfahrungen über Ländergrenzen hinweg austauschen und gemeinsame Strategien entwickeln, um rechte Netzwerke zu unterminieren. [19]

Die Frage der **Verhinderung rechter Machtübernahmen** – sei es Bolsonaro in Brasilien, Meloni in Italien, Le Pen in Frankreich oder Höcke in Deutschland – lässt sich nicht durch Koalitionen mit dem „demokratischen Bürgertum“ beantworten. Diese Strategie verlagert lediglich die Verantwortung auf Kräfte, die selbst Teil der neoliberalen und autoritären Maschinerie sind. Wirksamer Schutz entsteht durch **Mobilisierung der Massenbasis gegen soziale Spaltung**, durch aktive Einbindung von Gewerkschaften [20], sozialen Bewegungen, migrantischen Gruppen und feministischen Kämpfen. Nur so lassen sich rechte Narrative der sozialen Fragmentierung und nationalistischen Einheit durchbrechen.

Langfristige Perspektive: Der Aufbau einer revolutionären Organisation ist unabdingbar. Diese Organisation darf nicht im nationalstaatlichen Rahmen verharren, sondern muss die globalen Mechanismen der Kapitalherrschaft analysieren und angreifen. Sie muss internationale Solidarität herstellen, Klassenpolitik konsequent betreiben und in der Lage sein, die transnational vernetzten rechten Strukturen strategisch zu bekämpfen. Erst eine solche **internationalistische, klassenbewusste Organisation** kann verhindern, dass autoritäre Bewegungen Krisen politisch monopolisieren und die soziale Basis fragmentieren.

In dieser Perspektive ist eine Einheitsfront gegen die Rechten kein kurzfristiges taktisches Instrument, sondern ein strategisches Projekt: ein kollektives Bollwerk, das die soziale Macht der Mehrheit bündelt, autoritäre Entwicklungen stoppt und den Weg für eine langfristige Transformation der Gesellschaft in Richtung Gerechtigkeit und internationaler Solidarität ebnet.

---

[18] Der Aufstieg rechtspopulistischer Kräfte in Europa ist für die Gewerkschaften arbeits- und gesellschaftspolitisch folgenreich. Die vorliegende Studie will dazu beitragen, den grenzüberschreitenden Informations-, Erfahrungs- und Strategieaustausch anzuregen.
Erben, Sylvia Maria; Bieling, Hans-Jürgen (2020): Gewerkschaften und Rechtspopulismus - Erfahrungen und Lernprozesse aus Österreich, Schweden und den Niederlanden im Vergleich Study der Hans-Böckler-Stiftung Nr. 440, Düsseldorf, ISBN: 978-3-86593-356-0, 248 Seiten

[19] Vor dem Hintergrund der zunehmenden rechtsextremen Radikalisierung und Polarisierung sowie der Zunahme fremdenfeindlicher und antidemokratischer Bewegungen in den westlichen Ländern bietet die ISD aktuelle Analysen und Einblicke in internationale, nationale und regionale rechtsextreme Aktivitäten.
Redaktion: „ISD monitors and analyses trends in far-right radicalisation, manipulation and intimidation in order to power a global response“, [online], Institute for Strategic Dialogue, https://www.isdglobal.org/extremism/far-right/, abgerufen 08.09.2025.

[20] Französische Gewerkschaften, die in den letzten Jahren an Einfluss verloren hatten, feiern durch die Proteste gegen die Rentenreform 2019 ein bemerkenswertes Comeback.
Meister, Martina: „Die Rückkehr der Gewerkschaften“, [online], Die Welt, Https://www.welt.de/politik/ausland/article204101150/Frankreich-Die-Rueckkehr-der-Gewerkschaften.html, 06.12.2019

WAS UNS ERWARTET AM HORIZONT

Warum Lia Beckers „sozialer Antifaschismus“ am Kapitalismus zerschellt

Lia Beckers Beitrag „Der Horizont eines sozialen Antifaschismus“, erschienen in der letzten Ausgabe der LuXemburg[1], hat in der linken Debatte einiges an Resonanz erzeugt. Ihr Versuch, antifaschistische Politik sozial zu fundieren, ist ohne Zweifel notwendig – doch er scheitert an den selbstgesetzten Grenzen linker Realpolitik. Becker bleibt in einem strategischen Rahmen gefangen, der dem Parlamentarismus verpflichtet ist, ohne die systemische Vergesellschaftung als strukturelle Voraussetzung autoritärer Tendenzen ernsthaft in Frage zu stellen. So verliert sich ihr Text in moralischen Appellen, während der autoritäre Krisencharakter des gegenwärtigen Systems analytisch unterbelichtet bleibt – und strategisch folgenlos.

Faschisierung als Staatsprogramm – von oben

Zutreffend beschreibt Becker den autoritären Umbau, der sich tief in gesellschaftlichen und institutionellen Strukturen festsetzt. Faschisierung erscheint nicht mehr im Gewand des historischen Faschismus, sondern tritt als „wehrhafte Demokratie“ auf: in Abschiebekampagnen, Wehrpflichtdebatten und schwarz-rot-goldenem Dauerpatriotismus. Der autoritäre Umbau des Staates kommt nicht von unten, sondern von oben: mit Paragrafen, Polizeiuniformen und Staatstrojanern.

Doch genau hier liegt das Problem: Der autoritäre Umbau wird zwar benannt, aber nicht in seinem ökonomischen Grundverhältnis verankert. Neoliberaler Kapitalismus erscheint bei Becker nur als diffuses Hintergrundrauschen – nicht als treibende Kraft hinter Repression, Ausschluss und nationalistischer Mobilisierung.

Faschismus ist kein Betriebsunfall

Die größte Schwäche von Beckers Ansatz liegt in der analytischen Trennung von Faschismus und systemischer Krisendynamik. Zwar erkennt sie, dass soziale Verunsicherung rechten Narrativen Vorschub leistet, doch sie bleibt bei psychologisierenden oder sozialpädagogischen Deutungen stehen. Dass Faschismus eine strukturelle, systemimmanente Reaktionsform bürgerlicher Herrschaft auf ihre eigene Krise darstellt, bleibt unausgesprochen. Faschismus ist kein Rückfall, sondern Modernisierung im Modus der Repression.

Wie Nicos Poulantzas[2] schrieb:

„Der Faschismus stellt eine spezifische Form des autoritären Staates dar, der auf die Krise der kapitalistischen Reproduktion antwortet – indem er die Massen unter Kontrolle bringt, ohne den Klassencharakter des Staates aufzugeben.“ (Poulantzas, 1973)

Kein deutsches Wintermärchen, sondern globale Krisenstrategie

Die autoritäre Transformation ist kein deutsches Spezifikum. Weltweit reagieren kapitalistische Staaten auf den drohenden Legitimationsverlust ihrer Ordnung mit Repression, Disziplinierung und nationaler Mobilisierung. In den USA kulminiert dies im Trumpismus; in Lateinamerika im autoritären Neoliberalismus à la Bukele. In Russland zeigt sich ein autoritärer Neoliberalismus im offenen Ausnahmezustand, während in Indien unter Modi ethnonationalistische Mobilisierung zur Herrschaftssicherung dient. Diese Phänomene sind keine Ausreißer – sie markieren eine globale Phase autoritärer Krisenbewältigung. Der autoritäre Staatsumbau ist kein Bruch mit dem System, sondern seine Fortsetzung mit repressiven Mitteln. [3]

Ein Beitrag von
Lif Bungardt und Ian Nadge

Lif Bungardt ist in der akl-nds aktiv, setzt sich mit den kapitalistischen Ursachen der Klimakrise auseinander und beschäftigt sich außerdem mit Fragen von intersektionalem Feminismus und Care-Arbeit.

[1] Becker sagt, Eine GroKo würde zum Katalysator der autoritären Krisendynamik. Für Die Linke käme es darauf an, sich auf Koalitionen mit System-Parteien, wie den Sozialdemokraten) und Bündnissen mit NGOs vorzubereiten. Becker, Lia: „Der Horizont eines sozialen Antifaschismus“, [online], Zeitschrift Luxemburg, https://zeitschrift-luxemburg.de/artikel/der-horizont-eines-sozialen-antifaschismus/, Juli 2025

[2] Poulantzas sieht sein Konzept des autoritären Etatismus, den er ausdrücklich vom klassischen Faschismus unterscheidet als eine demokratisch-maskierte Form autoritärer Staatsgestaltung, nicht als klassischen Faschismus – aber er betont, dass beide auf ökonomischen Krisen beruhen.

[3] Die Ausbreitung autoritärer Regierungstechniken ist ein weltweites Phänomen, das im Zusammenhang mit der globalen Krise von 2008 (Poli-Krise) steht und als Teil zyklisch wiederkehrender Krisen der Demokratie gesehen werden muss.
Schaffar, Wolfram: „Aspekte der weltweiten Krise der Demokratie“, [online], Rosa-Luxemburg Stiftung - STUDIEN 6, https://www.rosalux.de/fileadmin/rls_uploads/pdfs/Studien/Studien_6-19_Globalisierung.pdf, 2019, abgerufen 08.09.2025

Foto: Chad Davis, Minneapolis, United States CC BY 4.0 via Wikimedia Commons

Der blinde Fleck: Eigentum

Hier offenbart sich ein ernsthafter blinder Fleck des „sozialen Antifaschismus“: Becker bleibt auf der Ebene moralischer Appelle, symbolischer Politik und institutioneller Wünsche stehen. Die Eigentumsverhältnisse, auf denen systemische Herrschaft beruht, bleiben unangetastet. Wer Antifaschismus ernst meint, muss begreifen: Ohne Bruch keine Veränderung.

„Das System macht keine Fehler – das System ist der Fehler.“ (Peter Paul Zahn)

Reformvorschläge wie Arbeitszeitverkürzung, Gemeinwohlökonomie oder Investitionen in Care-Infrastrukturen sind legitim – doch eingebettet in die Hoffnung auf progressive Regierungsbündnisse bleiben sie ohne jegliche Potenz. Ohne Infragestellung systemischer Eigentumslogik wird jeder „soziale Antifaschismus“ zur moralisch verbrämten Verwaltung der Misere.

„Die bürgerliche Gesellschaft steht vor einer Alternative: entweder Übergang zum Sozialismus – oder Rückfall in die Barbarei.“ (Rosa Luxemburg)

Feminismus zum Mitnehmen – Care ohne Analyse

Reproduktionsarbeit – Pflege, Kindererziehung, Haushalt und Sorgearbeit – ist grundlegend für den Neoliberalismus, weil ohne sie die Verfügbarkeit von Arbeitskraft nicht gesichert wäre. Becker spricht zwar von „Care-Ökonomie“ und der Aufwertung von Sorgearbeit, doch sie bricht nicht mit der neoliberalen Logik, in der diese Arbeit systematisch ausgebeutet, abgewertet und unsichtbar gemacht wird. Ohne eine feministisch-materialistische Betrachtung, die Reproduktionsarbeit als zentralen Bestandteil der kapitalistischen Produktionsweise begreift, bleibt „Aufwertung“ lediglich sozialpolitische Korrektur. Die Überwindung von Macht- und Herrschaftsverhältnissen ist jedoch entscheidend, um diese strukturelle Ausbeutung zu durchbrechen.

Becker erwähnt patriarchale Gewalt, Ungleichheit, Intersektionalität sowie Queer- und Transfeindlichkeit. Doch sie behandelt dies eher als gesellschaftliche Missstände, nicht als strukturelle Machtform. Aus materialistischer Perspektive ist das Patriarchat jedoch ein zentraler Bestandteil des Systems: Es organisiert geschlechtsspezifische Arbeitsteilung, Lohngefälle und Gewalt. Faschistische und autoritäre Strukturen knüpfen daran an, etwa mit dem Ideal der „traditionellen Familie“. Diese Machtstrukturen und die gesellschaftliche Desintegration von Frauen bleiben bei Becker unsichtbar.

Ausbeutung im Neoliberalismus trifft Frauen unterschiedlich: Migrant*innen arbeiten besonders häufig im Niedriglohnsektor und sind zusätzlich von Rassismus betroffen. Alleinerziehende erfahren massiven Druck durch Arbeitsmarktpolitik und soziale Unsicherheiten, Frauen mit Behinderungen erleben doppelte Ausgrenzung durch patriarchale Normen und neoliberale Verwertungslogik. Eine linke Strategie, die diese Realitäten ignoriert, bleibt unvollständig – Intersektionalität muss zentraler Bestandteil jeder sozialistischen Analyse und Politik sein.

Becker betont die Bedeutung feministischer Bewegungen für den sozialen Antifaschismus, wobei ihr Fokus auf praktischer Organisierung und Bündnissen mit NGOs liegt. Feministische Konflikte sind längst offene Klassenkämpfe. Ein feministisch-materialistischer Antifaschismus kann nur erfolgreich sein, wenn patriarchale Machtstrukturen und das neoliberale System gemeinsam in Frage gestellt und überwunden werden.

Hegemonie ohne Basis

Beckers Ruf nach Hegemonie klingt wie Gramsci – bleibt aber letztlich eine leere Floskel. Denn Hegemonie meint nicht sprachliche Vorherrschaft, sondern die Fähigkeit, durch reale Kämpfe den Alltagsverstand zu verändern. Wer das ignoriert und stattdessen auf progressive Mittelschichten und Regierungsfähigkeit setzt, ersetzt Praxis durch Rhetorik. (Gramsci, 1992)

Doch dieser Prozess muss materiell verankert sein – in konkreten Konflikten zwischen oben und unten. Sonst verkommt er zum reinen Schein von Strategie.

Widerspruch zwischen Sprache und Potenzlosigkeit

Ein deutlicher Widerspruch von Beckers Text liegt in der Diskrepanz zwischen radikaler Sprache und potenzloser Strategie. Begriffe wie Transformation, konkrete Utopie oder soziale Hegemonie evozieren Tiefe, die der Text nicht einlöst. Antifaschismus erscheint hier als moralischer Imperativ – nicht als politisches Projekt mit transformativer Substanz.

Faschismus ist keine Meinung – er ist Krisentechnologie. Wer ihn bekämpfen will, muss die materiellen Bedingungen angreifen, die ihn erzeugen.

Sozialpädagogik statt Klassenanalyse

Beckers Konzept eines „sozialen Antifaschismus“ verfehlt die Systemfrage.

Statt Kapitalismusanalyse gibt es Sozialpädagogik, statt radikaler Perspektive Appellpolitik. Faschismus erscheint als Reaktion auf Exklusionserfahrungen – nicht als strukturierte Krisenantwort des Kapitals.

Der materialistische Antifaschismus setzt genau hier an: Er begreift den Prozess der fortschreitenden Faschisierung als Option bürgerlicher Herrschaft, wenn die Demokratie ihre Integrationskraft verliert. Nicht Integration ist dann das Ziel, sondern autoritäre Stabilisierung der Ausbeutungsverhältnisse. Antifaschismus wird so zur antikapitalistischen Praxis, die auf Vergesellschaftung, Klassenmacht und revolutionäre Umwälzung zielt.

Faschismus als Betriebsunfall

Der zentrale Unterschied zwischen materialistischem und Beckers „sozialem“ Antifaschismus liegt im Verhältnis zur kapitalistischen Gesellschaftsordnung. Während Becker Faschismus als Reaktion auf soziale Verwerfungen und politische Ausgrenzung begreift – also als moralisch verfehlte oder unzureichende Sozialpolitik –, setzt der materialistische Antifaschismus bei den strukturellen Bedingungen bürgerlicher Herrschaft an. Dieser Ansatz versteht Faschismus nicht als ideologische Entgleisung, sondern als autoritär-reaktionäre Krisenstrategie des Kapitals. In Phasen akuter Legitimationsverluste der bürgerlichen Demokratie wird die Herrschaft über die subalternen Klassen reorganisiert – durch Repression, Nationalismus und Mobilisierung von Gewalt von oben.

Materialistischer Antifaschismus ist keine zivilgesellschaftliche Abwehrhaltung, sondern eine radikale Praxis, die Faschismus als notwendiges Produkt neoliberaler Krisendynamiken erkennt – und ihm nur durch die Abschaffung seiner gesellschaftlichen Grundlage, der kapitalistischen Produktionsweise, begegnen kann. Er analysiert Faschismus als politischen Ausnahmezustand der bürgerlichen Klasse: Wenn die Demokratie ihre Integrationsfunktion verliert, wird autoritäre Formierung zur Option – nicht zum Betriebsunfall.

„Der Ausnahmezustand ist nicht die Ausnahme, sondern die Regel.“ (Walter Benjamin)

Beckers Konzept bleibt hingegen staatszentriert: Es appelliert an die demokratische Ordnung, gerechter zu agieren, ohne deren strukturelle Klassenfunktion zu hinterfragen. Für sie ist Antifaschismus die Verteidigung demokratischer Institutionen gegen rechte Bedrohungen – für den materialistischen Antifaschismus ist er der Bruch mit eben jenen Institutionen, wenn sie zur autoritären Repression übergehen. Beckers „sozialer Antifaschismus“ will die Demokratie gegen den Faschismus verteidigen; der materialistische Antifaschismus weiß, dass die bürgerliche Demokratie selbst unter bestimmten historischen Bedingungen in faschistische oder protofaschistische Formen übergeht – ohne ihren Klassencharakter aufzugeben. Antifaschismus wird dadurch nicht zur Verteidigung des Bestehenden, sondern zur radikalen Strategie seiner Überwindung.

Fazit: Linke Sprache, liberale Strategie

Beckers Beitrag ist ein gut gemeinter, aber letztlich illusionsgetränkter Versuch, die Linke koalitionsfähig zu machen. Ihr Konzept eines „sozialen Antifaschismus“ bleibt in den Grenzen der bürgerlichen Gesellschaft verhaftet: Faschismus erscheint als moralisches Versagen, nicht als autoritäre Krisenstrategie der kapitalistischen Ordnung. Der Kapitalismus wird nicht angegriffen – er wird vorausgesetzt.

Doch wer Antifaschismus ernst meint, darf sich nicht mit Haltung begnügen. Es braucht Handlung. Organisation. Bruch.

„Die Philosophen haben die Welt nur verschieden interpretiert; es kommt aber darauf an, sie zu verändern.“ (Marx, 1888)

Solange linke Politik auf moralische Appelle und symbolische Reformversprechen reduziert wird, bleibt sie kompatibel – und damit politisch folgenlos. Nur ein Antifaschismus, der Eigentum und Staat konfrontiert, kann die Verhältnisse durchbrechen, statt sie bloß zu kritisieren.

Was tun – Für einen materialistischen Antifaschismus der Praxis

Ein materialistischer Antifaschismus darf nicht bei Analyse stehenbleiben – er muss in Organisierung münden. Der autoritäre Staatsumbau lässt sich letztlich nicht durch Appelle an Vernunft oder bessere Gesetzesvorschläge aufhalten, sondern nur durch den Aufbau machtvoller Gegenkräfte von unten. Es braucht breite, kämpferische soziale Bewegungen, die Klasseninteressen sichtbar machen und konfrontativ auf die Straße bringen – gegen Aufrüstung, Teuerung und autoritäre Formierung. Die Kämpfe gegen Militarismus, Klimazerstörung, Sozialabbau, patriarchale Ausbeutung und rassistische Migrationspolitik sind Ausdruck ein- und derselben systemischen Krisenverwaltung.

1. Ein radikaler Antifaschismus muss an den richtigen Orten ansetzen: in Betriebsgruppen gegen Kriegsproduktion, in Mieter*innenkämpfen gegen kapitalistische Stadtentwicklung, in Care-Streiks gegen Ausbeutung reproduktiver Arbeit, in Basisinitiativen gegen staatliche Repression.
2. Die Frage der politischen Organisierung muss neu gestellt werden: Wollen wir die Linkspartei in eine Massenpartei unserer Klasse transformieren – nicht als Stellvertreterin, sondern als kollektive Organisatorin realer Kämpfe? Eine Partei, die international denkt, sich mit Bewegungen weltweit verbindet und nationale Sackgassen verlässt? Eine Partei, die sich nicht an Regierungsfähigkeit misst, sondern an ihrer Fähigkeit, Kämpfe zu bündeln, Konflikte zuzuspitzen und Machtverhältnisse zu verschieben? Dann braucht es eine radikale Neuausrichtung – eine Partei, die nicht verwaltet, sondern organisiert.
3. Es braucht einen praktischen Antifaschismus des massenhaften Protests – der soziale Forderungen mit konkretem Widerstand verbindet. Gegen Abschiebungen, Wohnungsnot, Reallohnverluste und Aufrüstung. Antifaschismus darf kein Spezialthema bleiben – er muss Klassenkampf von unten werden.
4. Mögliche Bündnispartner*innen gibt es viele: kämpferische Gewerkschafter*innen, radikale Klima- und Mieter*innenbewegungen, feministische und antirassistische Initiativen, antimilitaristische Netzwerke, revolutionäre Organisationen – sofern sie bereit sind, den Schritt von symbolischer Kritik zu praktischer Konfrontation zu gehen.
5. Nicht die Koalitionsfähigkeit zur Regierung entscheidet – sondern die Fähigkeit, den gesellschaftlichen Normalbetrieb zu stören.
6. Wer Antifaschismus ernst nimmt, muss ihn gegen das Ganze richten: gegen das System, den Staat und den Krieg. Denn der Feind steht nicht nur rechts – er steht vor allem oben.

Kapitalismus bedeutet Krieg, Umweltzerstörung und Armut

Grundsatztext der AKL, in mittlerweile vierter Auflage.
Eine Analyse der tiefgehenden Krise des Kapitalismus und einer EU, in der statt des Versprechens einer Grenzenlosen Freiheit Faschismus und Nationalisms gedeihen. Als Alternative wird eine sozialistische Gesellschaft, aber auch der Weg dahin dargestellt: Eine LINKE, die in außerparlamentarischen Bewegungen zu hause ist und in Stadtteilen und Betrieben verankert.

42 Seiten
Erhältlich über:
info@antikapitalistische-linke.de

Für eine kämpferische Kommunalpolitik – eine andere Kommune ist möglich

Sammelband zur Debatte um eine linke Kommunalpolitik auf dem Bielefelder LINKE-Parteitag im Juli 2015.
Wie kann auf Kommunaler Ebene Widerstand gegen Sparpolitik organisiert werden, wie kommt man gegen sogenannte Sachzwänge an? Wie können Kommunen finanziell bessergestellt werden?
Außerdem dokumentiert: Eine Rede von Claus Ludwig auf dem Bielefelder LINKE-Bundesparteitag zur Kommunalpolitik.

26 Seiten
Erhältlich über:
info@antikapitalistische-linke.de

Nach Goldschätzen graben, Regenwürmer finden – Die Linke und das Regieren

Sollen sozialistische Parteien Koalitionen mit Sozialdemokraten und Grünen eingehen? Und wenn ja, unter welchen Bedingungen? Oder sollen Regierungsämter nur übernommen werden, wenn sie zum Sturz des kapitalistischen Systems eingesetzt werden können? Oder auch gar nicht?
Mit Beiträgen von Özlem Demirel, Sylvia Gabelmann, Thies Gleiss, Inge Höger, Ekkehard Lieberam, Lucy Redler, Bernd Riexinger, Sahra Wagenknecht und Janine Wissler. Erschienen im PapyRossa Verlag.

ISBN 978-3-89438-623-8
256 Seiten, 14,90 Euro

KONTAKT ZUR AKL:

Website:
www.antikapitalistische-linke.de

E-Mail:
info@antikapitalistische-linke.de

Für die AKL Spenden:
DIE LINKE. Parteivorstand
IBAN: DE38 1009 0000 5000 6000 00
BIC: BEVODEBB
Berliner Sparkasse
Kennwort „Antikapitalistische Linke“

Impressum:
V.i.S.d.P.: Inge Höger
Redaktionsschluss: 28.09.2025

Die Antikapitalistische Linke (AKL) ist eine politische Strömung in der Partei Die Linke. Sie besteht aus bewegungsorientierten Mitgliedern der Partei DIE LINKE, aber auch aus Parteilosen. Sie sieht sich als Brückenglied zwischen der Partei DIE LINKE und den außerparlamentarischen Bewegungen. Die AKL setzt sich für die weitere Stärkung des antikapitalistischen Profils der Partei DIE LINKE ein.